

Von Wandlungen von Territorialität: Transnationalisierung im Alpenwirtschaftsraum seit der EWG*

Maximiliane Rieder

„Vier Freiheiten“ – für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital – bildeten den Kern der Römischen Verträge vom März 1957. Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) intensivierten und verdichteten sich in Westeuropa Ende der 1950er-Jahre grenzüberschreitende Verflechtungen und Transfers. Dieser Beitrag stellt die Frage, wie zwei Grenzregionen von Gründerstaaten der EWG – Bayern und Südtirol – ihre neuen Freiheiten im wirtschaftlichen Aufschwung der 1960er-Jahre gegenseitig nutzten. Liegen zur Internationalisierung der Wirtschaft und zur allgemeinen Geschichte der europäischen Integration umfangreiche Synthesen vor, so ist die Vergemeinschaftung des Binnenmarkts der Europäischen Union (EU) im allgemeinen und im Alpenraum im besonderen bislang kaum in das Blickfeld der historischen Forschung geraten.

Die EU begann 1990 mit der aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierten Gemeinschaftsinitiative *Interreg* die Kooperation an ihren Innengrenzen zu fördern. Damit wuchs die Bedeutung der Grenzregionen als Akteure im nationalen, transnationalen und supranationalen Kontext. Mit dem Europäischen Raumentwicklungskonzept (Eurek), das die EU 1999 verabschiedete und in dem sie die Idee von transnationalen Makroregionen entwickelte, erlangten der Alpenraum und seine Randgebiete einen neuen Status. Konzepte und Strategien für den Aufbau von Großregionen jenseits nationalstaatlicher Grenzen haben ihren Ursprung jedoch in den ersten Zusammenschlüssen staatlicher und autonomer Einheiten auf der Ebene unterhalb der National- und Bundesstaaten zu Beginn der 1970er-Jahre – wie z. B. die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) 1972 sowie die Arbeitsgemeinschaft der Länder und Regionen der Ostalpengebiete (Arge Alpen-Adria) im Jahre 1978. In der Arge Alp kooperierten zunächst sieben Regionen aus Nato-Mitgliedsländern sowie aus neutralen und blockfreien Staaten über Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sicherheitssysteme hinweg, während die Arge Alpen-Adria als Schnittstelle zwischen Ost und West Regionen aus Nato- und aus Warschauer-Pakt-Staaten sowie aus neutralen und blockfreien Ländern ein

* Herrn Professor Dr. Peter Hertner zum 65. Geburtstag zugeeignet.

Der Handelskammer Bozen danke ich für die Förderung meines Forschungsaufenthalts in Bozen und die Bereitstellung von Unterlagen. Dieser Beitrag bildet einen Ausschnitt aus meinem laufenden Forschungsprojekt „Immigrant Business and Direct Investment in European Industrial Societies. Bavaria and North-Eastern Italy from 1957 to the Present“.

grenzüberschreitendes Gesprächsforum bot. Bayerns Europapolitik forderte Mitwirkungsrechte in Brüssel, um Zentralisierungstendenzen abzuwehren, nachdem die zunehmenden Kompetenzerweiterungen der EWG die Spielräume regionaler Wirtschaftspolitik beschränkten. Gemeinsam mit dem Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer initiierte Ministerpräsident Alfons Goppel im Herbst 1972 die Gründung der Arge Alp, die organisatorisches Vorbild für die Bildung der Arge Alpen-Adria und der Arbeitsgemeinschaft Donauländer (1990) wurde, denen Bayern ebenfalls angehört. Motive für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit waren insbesondere gemeinsame Probleme des Umweltschutzes und der Raumordnung. Goppel, seit November 1972 Präsident des Bundesrats, setzte sich für die Verbesserung der Länderrepräsentation bei den Europäischen Gemeinschaften ein und förderte besonders seit 1977 den aufkommenden europäischen Regionalismus¹, den er „zum föderalistischen Strukturprinzip der europäischen Zusammenarbeit“ erklärte.²

Initialzündung Brenner-Autobahn

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr im Bayerischen Landtag forderte im Herbst 1971 von Ressortminister Anton Jaumann eine Stellungnahme über die ökonomischen Möglichkeiten und Konsequenzen, besonders auch hinsichtlich der Verkehrswege, die für Bayern aus der besonders starken Expansion des Wirtschaftsraums „der drei Venetien“³ resultierten. Auf die Note des Abgeordneten⁴, inwieweit die Bayerische Staatsregierung die industriellen Großinvestitionen dieses Territoriums sowie die Planungen der Mittelmeerhäfen Venedig und Triest im besonderen verfolge, antwortete der seit einem Jahr amtierende Minister, Bayerns „nächstgelegene[r] Wirtschaftsraum südlich der Alpen“ und die „vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten sehr“ bemerkenswerte Entwicklung der „noch in starkem Wachstum begriffenen Industriezonen von Marghera, Padua, Verona, Vicenza, Trient, Bozen, Udine, Triest und einer ganzen Reihe nachgeordneter und kleinerer Industrie-Agglomerationen“ seien „stets Gegenstand aufmerksamer Beobachtung“ der Landesregierung. „Venetien“, so Jaumann, „bewirbt sich um deutsche Industriensiedlungen vor allem unter Hinweis auf die zur Verfügung stehen-

1 Die Bayerische Staatskanzlei veranstaltete im November 1978 in Brixen eine Studientagung zum Thema „Regionalismus in Europa“.

2 Karl-Ulrich GELBERG, Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945–1978). In: Handbuch der bayerischen Geschichte. Vierter Band: Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Erster Teilband: Staat und Politik (1800–1998), begründet v. Max Spindler, neu hg. v. Alois Schmid, München 2003, Kap. VII, S. 635–956, hier S. 914.

3 Das damals noch als *Tre Venezia* bezeichnete Nordost-Italien umschließt die 1970 geschaffenen Regionen Trentino-Südtirol, Venetien und Friaul-Julisch Venetien mit einer Fläche von über 47.000 km² und mehr als sechs Millionen Einwohnern.

4 Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Röhl (CSU), Betreff: Wirtschaftsraum der drei Venetien, München 20.10.1971. In: Bayerischer Landtag, 7. Wahlperiode (Wp), Drucksache (DS) 7/1819, 28.12.1971. Ministerialrat Röhl amtierte unter Jaumanns Vorgänger Otto Schedl bis 1970 als stellvertretender Außenwirtschaftsreferent im Bayerischen Wirtschaftsministerium.

den Arbeitskräfte und das Vorhandensein einer zweisprachigen Bevölkerung in der Provinz Bozen“. Die Region weise bisher neben der Agrarwirtschaft vor allem Schwerpunkte der Maschinen-, Textil- und Bekleidungsindustrie, der Holzindustrie, der chemischen Industrie sowie der Industrie Steine und Erden auf. Über die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und „Venetien“, ihren Warenverkehr, liege keine spezielle Statistik vor, doch zeige die deutsch-italienische Außenhandelsstatistik ein Passivsaldo (1970: Import 2689 Mio. DM, Export 2168 Mio. DM), „an dem Bayern entsprechend seinem Anteil an der Ein- und Ausfuhr“ partizipiere. „Ungeachtet dieser aus bayerischer Sicht nicht befriedigenden Handelsbilanz ist Venetien für Bayern zweifellos ein bedeutender Bezugs- und Absatzmarkt.“ Dies gelte nicht allein für die Obst- und Gemüseimporte aus Norditalien, die zu einem Großteil in der Münchner Großmarkthalle umgeschlagen würden. Italien belegte Rang eins unter 45 Ländern, die ihre Sendungen über den Umschlagplatz der bayerischen Landeshauptstadt leiteten.⁵

Bayerns Staatsregierung plane den weiteren Ausbau der für ihren Verkehr sehr bedeutenden Brenner-Eisenbahn. „In neuerer Zeit“ würden „sogenannte Flachbahnprojekte erwogen, bei denen die Eisenbahn zwischen Innsbruck und Bozen in einem 40 Kilometer langen Tunnel geführt würde“. Jaumann, der unter den alpenüberquerenden Verkehrswegen zwischen beiden Wirtschaftsregionen auch „das Projekt einer neuen Eisenbahnstrecke Venedig-München“ aufführte, bezeichnete die Erfolgsaussichten dieser Pläne damals noch „als sehr unsicher“.⁶ Obwohl der EWG-Vertrag eine gemeinsame Verkehrspolitik angestrebt hatte, stellten sich Fortschritte in der Liberalisierung und „Harmonisierung“ des Verkehrsmarktes und der -politik erst in den 1990er-Jahren ein – trotz des gewaltigen Anstiegs des grenzüberschreitenden Güterverkehrsaufkommens im europäischen Verkehrsraum (um 70 Prozent zwischen 1965 und 1977) und des in den 1960er-Jahren einsetzenden Massentourismus. Die Angleichung des Verkehrswesens blieb in der Kompetenz der Nationalstaaten, für die Koordinierung und Institutionalisierung dieses Marktes kam kein Kompromiss zwischen Liberalisierung und Marktsteuerung zustande. Widerstand kam vor allem von Seiten der am Prinzip der Gemeinwirtschaftlichkeit orientierten großen Flächenstaaten Frankreich und Deutschland mit öffentlich-rechtlichen Staatsunternehmen. Bis in die 1980er-Jahre wurde auch die Verkehrsinfrastrukturpolitik weitgehend national umgesetzt.⁷ Erst der Maastricht-Vertrag verankerte das Konzept des „Transeuropäischen Netzwerks“ als Leitschema für den Ausbau der europäischen Verkehrsinfrastruktur. Obwohl die Verkehrspoli-

5 Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr Nr. 8800b5-VII/6-60634 an den Präsidenten des Bayerischen Landtags, gez. Anton Jaumann, München, 28.12.1971. In: Ebd.

6 Ebd.

7 Günther SCHULZ/Volker EBERT, Europäische Binnengüterverkehrspolitik seit 1945. Wege und Hindernisse der Harmonisierung. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (2007) 1, S. 83–92.

tik bereits wenige Jahre nach Fertigstellung der Brenner-Autobahn den Bedarf an einer leistungsfähigen und modernen Eisenbahn zwischen München und Verona erkannte, beschlossen Deutschland, Österreich, Italien und die EU erst 1994 den schrittweisen Ausbau der Eisenbahnachse Brenner, die als Projekt Nr. 1 in den Katalog der prioritären TEN-V-Vorhaben aufgenommen wurde. Im Prozess der anschwellenden Motorisierung in den 1960er-Jahren und der wachsenden Bedeutung von Erdöl als Primärenergieträger bestimmten jedoch Straßenbauten die Verkehrspolitik der westeuropäischen Industrieländer, vor allem südlich der Alpen.

Als die beteiligten Länder in Genf im Jahre 1950 die erste direkte Schnellverbindung zwischen der Nordsee und dem Mittelmeer vereinbarten, waren die Weichen für den Bau der ersten gesamteuropäischen Straße von Norden nach Süden mit der Bezeichnung „Europa 6“ von Skibotn über Oslo, Berlin, Rom bis Sizilien gestellt.⁸ Die Handelskammern von München, Innsbruck, Bozen, Trient, Verona und Modena, die sich Anfang der 50er-Jahre zum „Internationalen Brennerkomitee“ zusammengeschlossen hatten, empfahlen 1954 anlässlich einer Verkehrskonferenz in Verona eine ca. 430 Kilometer lange Autobahn von München nach Modena über den Brennerpass.⁹

Für Bayern war Anfang der 1970er-Jahre der Ausbau der Brenner-Autobahn wichtigstes Bauprojekt unter den transalpinen Straßenrelationen, gefolgt von der Alemagna-Autobahn von Venedig nach München, deren Notwendigkeit die Hafenstadt in den Vordergrund stellte, sowie die Untertunnelung des Plöckenpasses und die Tauern-Autobahn. Deutschland hatte bereits Mitte der 60er-Jahre mit der Abzweigung A 93 Rosenheim-Kufstein von der Autobahn München-Salzburg die Verbindung zur Inntal-Autobahn hergestellt. Der Grenzübergang bei Kufstein, so Bayerns Verkehrsminister, sei „als deutsch-österreichisches Gemeinschaftsprojekt in großzügiger Weise gestaltet“ worden. Österreich hatte die Autobahn zwischen Innsbruck und Brenner ausgebaut und die Inntal-Autobahn zwischen Jenbach und Innsbruck dem Verkehr übergeben. Jaumann rechnete 1972 mit der Fertigstellung des Reststücks. Auf italienischer Seite würden die 313 Autobahn-Kilometer zwischen dem Brenner und Modena angesichts besonders schwieriger Bauverhältnisse auf dem alpinen Teilstück zwischen Klausen und Bozen erst 1973 durchgehend befahrbar sein. An der Direktverbindung zwischen Venedig und München wurde bereits im Streckenabschnitt Venedig-Vittorio Veneto gebaut. Ungesichert schienen Bau und Finanzierung der weiteren Abschnitte der „Alemagna“, nämlich die Untertunnelung der Zentralalpen im Anschluss an das Zillertal und die Überwindung des Kreuzbergsattels. Größte Widerstände gegen das Projekt kamen

8 Giorgio VACCAREZZA, Eine Autobahn für Europa. In: Europa Strassen 3 (1972), S. 115.

9 Wolfgang MEIXNER, „Brücken nach dem Süden.“ 50 Jahre Debatten über den Brennerverkehr. In: Klaus BRANDSTÄTTER/Julia HÖRMANN (Hgg.), Tirol – Österreich – Italien. Festschrift für Josef Riedmann zum 65. Geburtstag, Innsbruck 2005, S. 469–482, hier S. 471.

aus Südtirol, „das im Gebiet der Sextener Dolomiten eine Beeinträchtigung seiner Erholungslandschaft befürchtet“, und aus dem Zillertal, „das Österreich nicht durch eine Autobahn touristisch entwertet sehen möchte“.¹⁰ Im Gegensatz dazu stand die Forderung der Hafenstadt Triest, eine Direktverbindung nach München zu bauen. Hier schätzte Jaumann die Schwierigkeiten in Österreich geringer ein, gegen eine Untertunnelung des Plöckenpasses mit Direktanschluss an den Felbertauerntunnel bestanden weniger touristische Bedenken. Die Tauern-Autobahn würde die Verbindung zwischen Bayern und dem Adriahafen erheblich verbessern. Sie war südlich von Salzburg im Bau – Tunnel durch die Radstädter Tauern und den Katschberg –, um über Villach und Tarvis bei Udine auf die Autobahn Venedig-Triest zu stoßen. „Es wäre erwünscht, wenn sich Venedig und Triest hinsichtlich ihrer abweichenden Planungsvorstellungen für alpenüberquerende Straßenverbindungen auf ein gemeinsames Projekt einigen würden.“¹¹ In ihrer Gesamtlänge wurden die Brenner- und die Tauern-Autobahn erst 1974 bzw. 1982 fertig gestellt, während die immer wieder aufgegriffene Trassierung der „Alemagna“ am Widerstand Südtirols, Österreichs und schließlich am Alpenschutzabkommen scheiterte, das vereinbarte, keine neuen Transitrouten durch die Alpen zu bauen.

Die Südtiroler Landesregierung erkannte die Perspektiven der Infrastrukturerschließung zwischen Deutschland und Italien schon Mitte der 1960er-Jahre. Sie rechnete für 1969 mit der Vollendung der Brenner-Autobahn, mit der sich die Fahrt von München nach Bozen auf „nur mehr knapp 3 Stunden“ verringern würde. Auf der Bahnstrecke verband der Transeuropaexpress „Mediolanum“, der Luxuszug der Wirtschaftswunderzeit, täglich in knapp vier Stunden Bozen mit München und in drei Stunden mit Mailand. Ein Memorandum der Landesregierung betonte, dass die Provinz Bozen „heute und in Zukunft mehr denn je vor Deutschlands Tür“ liege. Da sie mit dem Ausbau der Verkehrswege und dem Abbau der Zollschranken „immer näher an den Bereich der bundesdeutschen Wirtschaft“ heranrücke, könnte Südtirol „von immer größerem Interesse sein“.¹²

An der von der Handelskammer Venedig ergriffenen Initiative, ein internationales italienisch-österreichisch-deutsches Komitee zur Überprüfung aller Projekte zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen im Alpengebiet zu errichten, nahm auch der Präsident der Bozner Handelskammer teil. Das Gremium „Interalp“ wurde Ende 1964 in Venedig unter Beteiligung von

10 Italien stellte bis 1994 die A 27 bis nördlich von Belluno fertig.

11 Jaumann an den Präsidenten des Bayerischen Landtags. In: Bayerischer Landtag, 7. Wp, DS 7/1819.

12 Südtirol ruft nach Industrien, S. 3 f. (handschr. Herr Dr. Mayer, Landesausschuß Bozen, z. Kenntnis). In: SLA, Assessorat für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus. Akten des Abteilungsleiters Dr. Walter Mayer (1951–1982), fasz. 44 (Industrieförderung 1963–1971), mit Versionen für Österreich bzw. die Bundesrepublik vom 1.12.1966.

Technikern der Mitgliedstaaten sowie von Wirtschaftsfachleuten offiziell eingesetzt. Schon damals war geplant, Vertreter aus Frankreich, der Schweiz und aus Jugoslawien zu beteiligen.¹³ Mit der Vergabe der Arbeiten für einige Teilstrecken zwischen Trient und Bozen war der Bau der Brenner-Autobahn 1964 „in [der] Verwirklichungsphase“. Für die Überwindung finanzieller Schwierigkeiten „nach einer langen mühevollen Zeit der Verhandlungen mit in- und ausländischen Bankinstituten“ hatte sich vor allem der Präsident der Bozner Kammer eingesetzt. Die Handelskammer befasste sich auch mit Fragen des Baus einer Pipeline und einer entsprechenden Trasse, die den nördlichen Teil der Adria mit Bayerns neuen Industriezentren Ingolstadt und Burghausen verbinden sollte. Als zweckmäßig hob die Handelskammer hervor, „daß die Trasse von Venedig ausgehend über den Brenner führe“. Für dieses Vorhaben bildete sich unter dem Vorsitz von Senator Giuseppe Caron ein Komitee, an das „die Empfehlung auf eine rasche Verwirklichung der Ölleitung im Interesse der gesamten Wirtschaft des Veneto gerichtet wurde“.¹⁴ Seit Ende der 1950er-Jahre engagierte sich die venezianische Aluminiumindustrie für den Bau einer Pipeline von Venedig nach München in Kombination mit der Trassierung der Alemagna-Autobahn durch das Zillertal.¹⁵ Doch setzte sich Triest als Pipeline-Kopfstation gegen die Lagunenstadt durch. Die Transalpine-Ölleitung (TAL), deren Trassierung der Generaldirektor des staatlichen italienischen Energiekonzerns *Ente Nazionale Idrocarburi* (ENI) Enrico Mattei festgelegt hatte und an der sich schließlich elf Ölgesellschaften beteiligten, wurde ab 1964 von Triest über den Felbertauern nach Bayern gebaut und 1967 eröffnet. Der Kontakt zwischen Mattei und der bayerischen Staatsregierung, den der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht bereits im Frühjahr 1959 vermittelt hatte, führte noch im gleichen Jahr und 1960 in München zur Gründung der ENI-Tochter *Südpetrol AG* bzw. des *Transalpin*-Konsortiums.¹⁶ Anders als die weiterhin den Steinkohlebergbau stützende Bundesregierung forcierte Bayerns Minister für Wirtschaft und Verkehr, Otto Schedl, mit dem Bau

13 Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammer Bozen, Bericht über die Tätigkeit der Organe und der Ämter der Kammer im Jahre 1964, S. 128 f. Dr. Walter von Walther – er amtierte von 1945 bis 1972 – führte den Vorsitz der Sitzungen der Handelskammer-Präsidenten der „Drei Venetien“. Er war an den Versammlungen des Verwaltungsrats und des Exekutivkomitees der Gesellschaft für die Brennerautobahn, der Gesellschaft für die Autobahn Venedig-München sowie des Konsortiums für den Dolomiten- und Gardasee-Flughafen beteiligt. Ebd., S. 93 f.

14 Ebd., S. 177 f. u. 233.

15 *L'industria veneziana*, XV (1959) n. 1–6, *L'Attività dell'Associazione nel 1958 e nei primi mesi del 1959*, S. 28; *Associazione degli Industriali della Provincia di Venezia, Verbale della Riunione del Consiglio Direttivo 16.2.1960*, fol. 233. In: *Archiv der Unindustria Venezia, Libri verbali; Maurizio REBERSCHAK, Marco Barnabò*. In: *Dizionario biografico degli Italiani* Bd. 34 (1. Ergänzungsb.), Rom 1988, S. 258–264, hier S. 263.

16 Der Aufbau einer deutschen Mineralölindustrie war Schacht's Anliegen schon Mitte der 1930er-Jahre. OTTO BARBARINO, *Ein Lebenslauf im 20. Jahrhundert*, Landsberg a. L. 1997, S. 78 f.; HERMANN BÖBENECKER, *Bayern, Bosse und Bilanzen. Hinter den Kulissen der weiß-blauen Wirtschaft*, München/Wien/Basel 1972, S. 34–39.

zweier alpenquerender Pipelines ins Zentrum von Bayern – neben der TAL baute die ENI von 1961 bis 1966 von Genua-Pegli die Central-Europäische Pipeline (CEL) – eine energiepolitische Wende. Mit der sukzessiven Integration der Zuständigkeiten für die Landesplanung und das Verkehrswesen seit den 50er-Jahren hatte das Wirtschaftsressort „wichtige Voraussetzungen für eine integrierte Wirtschafts- und Strukturpolitik“ an sich gezogen und „wichtige Grundlagen für die Modernisierung Bayerns“ in den folgenden beiden Dezennien gelegt. So beseitigten der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Energieversorgung Bayerns wesentliche wirtschaftliche Standortnachteile, nämlich Marktferne und damit hohe Transport- sowie Energiekosten.¹⁷ Als das Wirtschaftswunder der Adenauer-Republik Mitte der 50er-Jahre einsetzte, war Bayern noch Jahre davon entfernt. Erst gegen Ende des Dezenniums weitete sich das langsamer einsetzende Wirtschaftswachstum erheblich aus.

Triest erlangte trotz seiner Lage an der Nahtstelle zum „Eisernen Vorhang“ als Ausgangspunkt der seit Ende 1967 zu den Raffinerien Burghausen und Ingolstadt leitenden Petroleum-Pipeline für Bayern besondere Bedeutung. Der ehemalige Freihafen der Donaumonarchie entwickelte sich bis heute zum wichtigsten Öl-Terminal im Mittelmeerraum. Sein Umschlag schnellte von 1960 bis 1969 um 505 Prozent (von 3,3 auf 20 Mio. t) hoch. Auch der Umschlag von Venedigs Industriehafen stieg im gleichen Zeitraum, doch nur um 91 Prozent (von 6,5 auf 12,5 Mio. t). Beide Häfen, so Bayerns Wirtschaftsminister Jaumann 1971 gegenüber dem Landtag, erweiterten ihre Container-Terminals und besaßen „ausbaufähige Industriezonen“.¹⁸

Paradigmenwechsel am Schnittpunkt der Kulturen: industrielle Wirtschaftsförderung

Trotz vollständiger Integration in das gesetzliche, politische und wirtschaftliche System Italiens ist die Autonome Provinz Bozen-Südtirol an der Nordgrenze Italiens Teil einer Region mit Sonderstatut, aus der viele lokale Zuständigkeiten resultieren.¹⁹ „In die politische und juristische Tradition der ‚besonderen Maßnahmen‘“ des italienischen Zentralstaates vor und während der Autarkiezeit reihte sich, so Rolf Petri, nicht nur „das 1950 für Süd- und Inselitalien konzipierte Gesetz 646 zur Errichtung der Cassa per il Mezzogiorno“ ein, sondern auch das Gesetz 635 von 1957 zugunsten der *località economicamente depresse* der Regionen und Provinzen Nordost-Italiens. Die Regierung in Rom begünstigte erst in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt kleinere Betriebe, nachdem sich die staatlichen Fördermaßnahmen bislang

17 Knut BORCHARDT, Zur Geschichte des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Wiesbaden 1987, S. 19 f. und 25.

18 Jaumann an den Präsidenten des Bayerischen Landtags, München, 28.12.1971. In: Bayrischer Landtag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1819, 28.12.1971.

19 Oswald LECHNER/Barbara MORODER, Südtirols Wirtschaft: Struktur und Besonderheiten, Bozen 2006, S. 14.

vor allem auf die Großindustrie gerichtet hatten. Das industrielle Wachstum wurde auf dieser Gesetzesgrundlage in den 60er-Jahren besonders in den Provinzen Bozen, Trient, Belluno u. a. durch Sondermaßnahmen angeregt.²⁰

Das erstrangige Projekt einer nachhaltigen Italianisierung Südtirols des faschistischen Regimes hatte den Ausbau von zwei künftigen Leitsektoren der Südtiroler Wirtschaft forciert, nämlich der Stromgewinnung und der Schwerindustrie. Da die Stromerzeugung vor allem dem erhöhten Energiebedarf der norditalienischen Industriestandorte und weniger den lokalen Bedürfnissen und Akteuren diente, die 1935/36 aus dem Boden gestampfte Bozner Industriezone die Einwanderung italienischer Arbeiter begünstigte und „weniger als regionaler Wirtschaftsimpuls konzipiert“ war, blieb – so Andrea Bonoldi – „der Komplex Elektroenergie und Industrie in der Wahrnehmung der deutschsprachigen Südtiroler auf lange Zeit mit der Vorstellung von feindseliger Ausbeutung verbunden“.²¹ Fabrikarbeit bildete einen Sozialisierungs- und Integrationsfaktor für Italiener, da man erst in den 60er-Jahren begann, deutschsprachige Südtiroler einzustellen. So blieb die Bozner Industriezone lange eine von der deutschsprachigen Bevölkerung misstrauisch beobachtete italienische Enklave. Die dort lebenden Menschen waren als Italiener *und* Industriearbeiter in dem dominant deutschsprachigen und bäuerlich geprägten kleinen Land gleich zweifach fremd.²²

Die Industrie in der Grenzregion Trentino-Südtirol ist mit Ausnahme der Gebiete um Rovereto und Vallagarina, in denen es bereits in früheren Jahrhunderten industrielle Ansiedlungen gab, ein junger Wirtschaftszweig, der sich besonders nach dem Ersten Weltkrieg während der 20-jährigen Ära des Faschismus im Norden von Trient und im Süden von Bozen entfaltete. Erst seit den 70er-Jahren ließen sich auch in der Peripherie von Bozen bedeutende industrielle Ansiedlungen nieder.²³ Seither nahm jedoch in beiden Provinzen der Anteil des sekundären Sektors in der Beschäftigung kontinuierlich ab. In Südtirol schrumpfte die Industriebeschäftigung langsamer und stabilisierte sich seit den 90er-Jahren in etwa bei einem Viertel der Erwerbsbevölkerung, während sie sich im stärker industrialisierten Trentino (1971 fast 43 Prozent) deutlicher verringerte. In Südtirol setzte der Übergang zur Dienstleistungs-

20 Rolf PETRI, Von der Autarkie zum Wirtschaftswunder. Wirtschaftspolitik und industrieller Wandel in Italien 1935–1963, Tübingen 2001, S. 351 u. 353. Das Staatsgesetz Nr. 635 vom 29.7.1957, in: Gazzetta Ufficiale Nr. 193 vom 3.8.1957.

21 Andrea BONOLDI, Energia, industria e politica nazionale: l'economia dell'Alto Adige tra le due guerre. In: DERS./Hannes OBERMAIR (Hgg.), Tra Roma e Bolzano. Zwischen Rom und Bozen. Nazione e Provincia nel ventennio fascista / Staat und Provinz im italienischen Faschismus, Bozen 2006, S. 43–54 und S. 192 f.

22 Martha VERDORFER, Bozen. In: Gabriele RATH/Andrea SOMMERAUER/Martha VERDORFER (Hgg.), Bozen Innsbruck. Zeitgeschichtliche Stadtrundgänge, Wien/Bozen 2000, S. 18–77, hier S. 58 f.

23 Autonome Region Trentino-Südtirol, Eine Grenzregion stellt sich vor. Geschichte, Wirtschaft und Kultur von Trentino-Südtirol, Hansjörg KUCERA/Paolo MAGAGNOTTI, 19. Jg. Trient / Trento 1993, S. 112 ff.

gesellschaft deutlich früher als im europäischen Durchschnitt ein, da in der alpenländischen Provinz die Dienstleistungsbeschäftigung bereits zu Beginn der 60er-Jahre mit 41 Prozent dominierte und bis heute auf fast 70 Prozent anstieg. Durch den Ausbau der Energiegewinnung aus alpiner Wasserkraft wirkte sich in Italiens nördlichster Provinz der Ölpreisschock von 1973/74 als Zäsur für die Entwicklung der hochindustriellen Länder weniger gravierend aus.

Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftssektoren (in Prozent)

	<i>Provinz</i>	<i>1951</i>	<i>1961</i>	<i>1971</i>	<i>1981</i>	<i>1991</i>	<i>2001</i>	<i>2006</i>
Landwirtschaft	Südtirol	42,6	30,6	20,3	13,7	10,6	9,9	6,6
	Trentino	40,1	25,6	14,1	7,6	5,7	5,0	4,9
Industrie	Südtirol	23,3	28,1	30,6	27,1	26,1	26,4	24,0
	Trentino	32,8	39,6	42,6	37,3	32,8	30,7	28,3
Dienstleistung	Südtirol	34,1	41,3	49,2	59,2	63,3	63,7	69,4
	Trentino	27,1	34,8	43,3	55,1	61,5	64,3	66,8

Quelle: Trentino: Servizio Statistica della PAT, Südtirol: ASTAT.

Obwohl – wie in allen Industriestaaten – auch in Südtirol in den vergangenen 50 Jahren die Beschäftigung in der Agrarwirtschaft abnahm und der Dienstleistungssektor boomte, ist der Stellenwert der Landwirtschaft noch wesentlich höher als im übrigen Italien oder im europäischen Durchschnitt. Die in allen Bereichen des Sektors einsetzende Technisierung und Modernisierung hatte sich Mitte der 50er-Jahre beschleunigt. Mit über 30 Prozent bildete die bäuerliche Bevölkerung bis in die 60er-Jahre Südtirols quantitativ stärkste gesellschaftliche und wirtschaftliche Gruppe. Im Vergleich zu den benachbarten Regionen der Alpenrepublik Österreich oder zu Bayern wies das südliche Tirol „den stärksten agrarischen Charakter auf“. Erst mit dem „Ende der bevölkerungspolitischen Zwangsmaßnahmen und staatlichen Eingriffe in die Südtiroler Wirtschaftsstruktur“, so Helmut Alexander, trat eine „Trendumkehr in den einzelnen Sektoren“ ein.²⁴ In der Landwirtschaft arbeitete Anfang der 70er-Jahre ein Fünftel der Südtiroler Bevölkerung, in der Nachbarprovinz etwa ein Siebtel. Der Anteil der Beschäftigung in diesem Erwerbsbereich reduzierte sich in Südtirol von 1951 bis 1981 von 42,6 auf 13,7 Prozent. Da viele Südtiroler aus Gründen der Rationalisierung und Umstrukturierung in der Agrarwirtschaft in die Wirtschaftszentren abwanderten, forcierte die Politik in den 70er und 80er-Jahren eine gezielte Ansiedlungspolitik für

²⁴ Helmut ALEXANDER, Startbahn Wirtschaft. Südtirol auf dem Weg zu Wachstum und Wohlstand. In: Gottfried SOLDNERER (Hg.), Das 20. Jahrhundert in Südtirol, Bd. III: Totaler Krieg und schwerer Neubeginn. 1940 bis 1959, Bozen 2001, S. 156–183, hier S. 157 f. und 161.

Betriebe auf das Land.²⁵ Trotz faschistischer Industrialisierung, die Südtirols Wirtschaftsstruktur einschneidend veränderte, wanderten seit Mitte der 50er-Jahre aus der überwiegend kleingewerblich geprägten Provinz viele in der Landwirtschaft freigesetzte Arbeitskräfte wegen fehlender Arbeitsplätze nach Deutschland und Österreich, in die Schweiz und in die norditalienischen Städte ab, während aus anderen Provinzen Italiens weiterhin staatliche Beamte und qualifizierte Industriearbeiter in das Grenzland zogen. Nur ein Teil der ungelerten Arbeitskräfte kam in den überwiegend saisonalen Arbeitsstellen im Gastgewerbe und im Fremdenverkehr unter. Bis zum zweiten Autonomiestatut blieben deutschsprachigen Südtirolern die vor allem „von Italienern besetzten und die Staatsmacht repräsentierenden Staatsstellen“ nahezu verschlossen. Ihre Chancen in der Verwaltung, bei Post und Eisenbahn waren äußerst gering.²⁶ Brixen z. B. wies in den 70er und 80er-Jahren mehr Ab- als Zuwanderung auf, erst seit 1985 ist das Wanderungssaldo positiv.²⁷ Da die meisten deutschsprachigen Südtiroler immer weniger in der Landwirtschaft und zunehmend im aufkommenden Tourismus arbeiteten und die zugewanderten Italiener mehrheitlich in der Industrie sowie im öffentlichen Dienst, blieben die Arbeits- und Lebenswelten zwischen den Sprachgruppen getrennt – bis auf den Handel. In diesem Bereich war ein Miteinander möglich, da „die schmale Schicht“ der deutschsprachigen Südtiroler Geschäftsleute, so Siglinde Clementi, traditionell „ein Verhältnis gutnachbarlicher Konkurrenz zu ihren italienischen Partnern“ pflegte.²⁸

Die Wiedereröffnung der Bozner Mustermesse im September 1948 hatte den Handel sehr stark belebt. Knapp 200 der 573 Aussteller kamen bereits aus dem Ausland.²⁹ Westdeutschland war seither mit einem offiziellen Kollektivstand bzw. einer Auskunftsstelle vertreten, ein ständiger Pavillon wie auf den Messen in Bari und Verona wurde in Erwägung gezogen. Das Bayerische Handwerk war nach Auskunft der Messe Bozen AG bereits mit einem eigenen Stand präsent. Gemessen an der Ausstellerezahl lag die Internationale Musterschau an vierter Stelle aller 35 Auslandsmessen, an denen sich die Bundesrepublik Ende der 50er-Jahre beteiligte. „Die rege Teilnahme deutscher Firmen an der Bozner Messe hat auch darin ihren Grund“, schrieb Bozens Handelskammerpräsident an den bayerischen Ministerpräsidenten, „dass die deutschsprechende Bevölkerung Südtirols, die auch wirtschaftlich gesehen, den Hauptfaktor in der Provinz darstellt, traditionsgemäß starkes Interesse für

25 LECHNER/MORODER, Südtirols Wirtschaft, S. 14 u. 19.

26 Siglinde CLEMENTI, Konservative Erneuerung. In: Solderer, Bd. III., S. 130–155, hier S. 138 f.

27 Oswald LECHNER/Urban PERKMANN, Aufstieg zum modernen Wirtschaftszentrum – die wirtschaftliche Entwicklung von Brixen in den letzten 40 Jahren. In: Hans HEISS/Carlo MILESI/Christine ROILLO (Hgg.), Brixen II. Kunst, Kultur, Gesellschaft, Bozen 2006, S. 277–294, hier S. 278.

28 CLEMENTI, Konservative Erneuerung, S. 131.

29 ALEXANDER, Startbahn Wirtschaft, S. 166.

industrielle Erzeugnisse und Waren aus dem deutschen Raume hat.“ Südtirols Bevölkerung, so von Walther, sei Mittlerin für den Absatz deutscher Waren im oberitalienischen Raum und in ganz Italien.³⁰ Ihre Brückenfunktion zwischen den deutschen und italienischen Sprach-, Kultur- und Wirtschaftsräumen behielt die zentralalpine Handelsstadt bis heute. Bozen war als Handels- und Wirtschaftszentrum über Jahrhunderte ein bedeutender Schnittpunkt der Kulturen. Der Messeplatz in den Bergen verdankt sein „transregionales Potenzial“ seiner geographischen Lage als Pforte nach Norden und Tor in den Süden. Der Warenaustausch süddeutscher, italienischer und Bozner Kaufleute förderte seit dem 17. Jahrhundert Südtirols Beziehungen zu den Nachbarländern und vermittelte der Mikroregion neben einem eigenen ökonomischen Selbstverständnis ein Sonderbewusstsein, das sich, so Hans Heiss, „lange vor den Grenzbeziehungen von 1918“ sowohl gegen das südliche Trentino als auch gegen den Norden abschottete. Allerdings blockierten die Messen über lange Zeit „durch die Überschätzung von Transit und Handel wichtige Modernitätsstränge wie die Industrie“.³¹

Viele deutschsprachige Südtiroler und ihre politischen Repräsentanten lehnten bis Anfang der 60er-Jahre eine weitere Industrialisierung ab, zumal die Maßnahmen des italienischen Staates, die „ehemalige Weinbaugebiete in eine Industrielandschaft“ verwandelt hatten, mit der gewaltigen Erhöhung der Anzahl der Betriebe und der Beschäftigten massiv den ethnischen Proporz, vor allem der Bozner Bevölkerung, verschoben hatten. Damit verstärkten sich bereits vorhandene Fabrikaversionen und die mit den Feindbildern „Italien“ und „Faschismus“ verknüpfte Abneigung hielt Südtiroler Politiker vor „notwendig erachteten Industrialisierungsmaßnahmen zurück“. Im Verlauf der 50er-Jahre konfrontierte sie daher zunehmend der „Vorwurf von Versäumnissen“.³² Dieser Zustand rief nach einer grundlegenden und nachhaltigen Veränderung. Der „Schock der faschistischen Industriepolitik“ sowie „die weit verbreitete Gleichsetzung von ‚Industrialisierung‘ und ‚Italianisierung‘“ lähmten zu lange „dringend anstehende wirtschaftliche Strukturverbesserungsmaßnahmen“. Diese Versäumnisse seien, so Alexander, „umso weniger entschuldigbar“, als das Autonomiestatut seit 1948 bereits Industriefördermöglichkeiten geschaffen hatte, die in der Zuständigkeit der Region Trentino-Tiroler Etschland lagen, die allerdings erst ab 1958 reagierte. Um die industrielle Entwicklung außerhalb von Städten und bereits bestehenden Produktionszentren zu

30 Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammer Bozen an den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hanns Seidel, gez. Dr. Walter von Walther, Bozen 18.2.1959. In: BayHStA, Staatskanzlei (StK) 13174.

31 Hans HEISS, 800 Jahre Märkte und Messen in Bozen. In: www.fierabolzano.it/800anni-d.htm (2002). Siehe auch DERS., Die ökonomische Schattenregierung Tirols. Zur Rolle des Bozner Merkantilmagistrats vom 17. bis ins frühe 19. Jh. In: *Geschichte und Region/Storia e regione 1* (1992) 1, S. 66–87.

32 ALEXANDER, *Startbahn Wirtschaft*, S. 176.

forcieren, gewährte der Staat in dem bereits genannten Gesetz von 1957 für die Ansiedlung von Handwerks- und Industriebetrieben in Notstands- oder Bergzonen eine Einkommensteuerbefreiung. Nachdem eine staatliche Zensuskommission Südtirol die Klassifizierung als Notstands- und Berggebiet amtlich bestätigte, galten die Umgebung von Lana und Leifers als unterentwickelt und die übrigen Landesteile als Bergzonen, ausgenommen die Etschtalebene von Meran bis Salurn mit den Städten Bozen und Meran, das Überetsch und die Altstadt von Klausen. „Gut 90 der 116 Südtiroler Gemeinden wurden gänzlich und acht weitere zum Teil als unterentwickelt anerkannt.“ Die Steuervergünstigung war bis 1973 gültig. Als mit dem zweiten Autonomiestatut im Jahre 1972 die Kompetenz von der Region auf die Provinz Bozen übergang, beriet und unterstützte das bereits 1959 beim Bozner Landesassessorat für Industrie eingerichtete Amt für Wirtschaftsförderung Investoren bei Industrieansiedlungen in Südtirol. Weitere Fördermaßnahmen von Region und Provinz betrafen Kredite und Zinszuschüsse. Subventionen für Fabrikgründungen sollten in erster Linie das Interesse ausländischer Unternehmer an Südtirol wecken. Das größte Problem für Industrieansiedlungen waren die im Vergleich zu den Nachbarregionen zu hohen Kosten für Gewergrund. Daher stellte bereits das Regionalgesetz Nr. 12 vom August 1960 den Gemeinden aus dem Regionalhaushalt einen Zuschuss für den Grunderwerb und die Erschließung bei Industrieinvestitionen in Aussicht, der eine Kostendeckung zwischen 60 und 80 Prozent ermöglichte, so dass die Gemeinden Gewergrund zu einem niedrigen Preis anbieten konnten. Von fast 400 Mio. Lire, welche die Region ausschüttete, flossen 122 Mio. Lire an zwölf ausländische Unternehmen.³³

Doch hielt sich aufgrund der Sprengstoffanschläge vom Juni 1961 das Engagement auswärtiger, besonders italienischer Unternehmer in Südtirol trotz der lockenden Fördermaßnahmen in Grenzen. Das südliche Tirol galt als „Unruheprovinz“, so dass potenzielle Investoren von einer Niederlassung eher Abstand nahmen und viele Ansiedlungsabsichten ausländischer Interessenten scheiterten.³⁴ Die Initiative der Südtiroler Wirtschaft, stellte Bozens Handelskammerpräsident 1965 fest, stagniere in den letzten Jahren „aufgrund zunächst außenwirtschaftlicher, später im strengen Sinne des Wortes wirtschaftlicher Faktoren“. Strukturelle Gründe sowie „Elemente, die mit der Wirtschaftskrise zusammenhängen“ hätten sich summiert und zu enttäuschenden Ergebnissen

33 Helmut ALEXANDER, Die industrielle Entwicklung in Südtirol im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Text- und Fotodokument der Durst Phototechnik AG, Wien/Bozen 2006, S. 61.

34 In der politisch zunehmend aufgeheizten Stimmung versuchte die Landesregierung die Situation zu beschönigen. In einem 1966 verfassten Memorandum, das als Redevorlage vor der deutschen und österreichischen Industrie diente, heißt es: „Immer wieder muß der in Südtirol Wohnende mit Überraschung feststellen, daß im Ausland nicht selten die Meinung verbreitet ist, das Leben in Südtirol sei vor allem durch öfters vorkommende sog. ‚Terroranschläge‘ gekennzeichnet. Jeder in der Alltagswirklichkeit Südtirols Lebende kann über eine solche Meinung nur den Kopf schüteln“. In: Südtirol ruft nach Industrien (wie Anm.12).

geführt. „Die Wirtschaft der Provinz Bozen hat zwar nicht an der Expansion teilgenommen, welche sich auf das gesamte Staatsgebiet erstreckte, wohl aber hat sie den Rückgang in seiner ganzen Tragweite zu spüren bekommen.“ Südtirols „Wirtschaftsorganismus“ wäre „von etwas schwacher Konstitution, besonders aufgrund des Fehlens vitaler Initiativen im sekundären Sektor“.³⁵ Der Abbautrend bei der Industriebeschäftigung setzte sich fort. Der Sektor stagnierte und ab Herbst 1963 war die Produktion rückläufig. Manches Unternehmen stellte seinen Betrieb ein oder verlagerte den Standort. Erst als im August 1965 mit der Abwanderung des Holzverarbeiters *Feltrinelli Masonite* nach Cremona 200 Arbeitsplätze verloren gingen, initiierte Südtirols Landesregierung einen Raumordnungsplan, der die Schaffung wirtschaftlicher und kultureller Zentren vorsah und „für die Ansiedlung von Produktions- und Dienstleistungsbetrieben eigene Handwerks- und Industriezonen“ auswies. Immer mehr Landespolitiker erkannten spät, dass industrielle Arbeitsplätze die massive Abwanderung stoppen, die überbesetzte Agrarwirtschaft entlasten und Südtirols Beschäftigungssituation verbessern würden. „Nach jahrelangen Versäumnissen und sinnlosen politisch-ethnischen Diskussionen“ trieb die Landesregierung nun den „Aufbau einer regionalen Industrielandschaft“ voran.³⁶ Anreize zur Ansiedlung ausländischer Betriebe bildeten Steuer- und Kreditbegünstigungen durch Staats- und Regionalgesetze. Der Mangel an Unternehmern und unternehmerischer Initiative in Südtirol „veranlasste das zuständige Landesamt, auch nach Investoren aus dem Ausland Ausschau zu halten“.³⁷ Dabei lenkte sie verstärkt die Aufmerksamkeit deutscher Unternehmen auf Südtirol.

Industrialisierung durch Kapital aus (süd-)deutschen Landen?

Seit der italienische Staat 1956 im Gesetz zur Förderung und Vereinfachung von Auslandsinvestitionen³⁸ den Zufluss von Auslandskapital, d. h. den Transfer und den Gewinnrückfluss in das Herkunftsland, geregelt hatte, war es für Ausländer möglich, nicht nur die gesamten Erträge des in produktiven Unternehmungen in Italien angelegten Kapitals laufend ins Ausland zurückzutransferieren, sondern auch den Erlös bei einer späteren Veräußerung, auch wenn er die ursprünglichen Investitionen überstieg. Auch die Mitinvestition von Inlandskapital war seither „möglich und vorgesehen“.³⁹ Obwohl die

35 Geleitwort des Präsidenten Gr. Off. Dr. Walter von Walther zum Jahresbericht. In: Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammer Bozen, Bericht über die Tätigkeit 1965, S. 1–29, hier S. 21.

36 ALEXANDER, Industrielle Entwicklung, S. 62.

37 Albin PIXNER, Industrie in Südtirol. Standorte und Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg, Innsbruck 1983, S. 38 f.

38 Gesetz Nr. 43 vom 7.2.1956 und Durchführungsverordnung Nr. 758 vom 6.7.1956.

39 Südtirol ruft nach Industrien (wie Anm. 12).

Gesetzesbestimmungen das Risiko des Unternehmers bei einer Ansiedlung stark reduzierten, erhöhte sich in Italien erst acht Jahre nach Inkrafttreten des „Legge sull'investimento di capitali esteri in Italia“ der Kapitalzufluss aus dem Ausland sprunghaft. 113,9 Mio. Dollar (70,9 Mrd. Lire) der zwischen 1956 und 1964 in Italien insgesamt investierten 657,5 Mio. Dollar (409,3 Mrd. Lire bzw. ca. 2,6 Mrd. DM) stammten aus der Bundesrepublik. Nach Großbritannien und den USA nahm Westdeutschland 1964 mit 51,2 Mrd. Lire unter den Kapitalgebern die dritte Stelle ein. In diesem Jahr stiegen die gesamten Auslandsinvestitionen auf 196,2 Mrd. Lire an, die zu 75 Prozent in Norditaliens Industriezentren und – mit Abstand – vor allem in die Mineralölwirtschaft flossen. Die Autonome Region Trentino-Südtirol konnte im genannten Zeitraum lediglich 2,4 Mrd. Lire (3,86 Mio. Dollar) der Gesamtinvestitionen an sich ziehen. Den Löwenanteil des Kapitalstroms absorbierten die Lombardei (146,6 Mrd. Lire) und Julisch Venetien (71,6 Mrd. Lire).⁴⁰ Das Generalkonsulat Mailand, auf dessen Amtsbereich „80 % aller in Italien getätigten deutschen Investitionen“ entfielen, vermutete mangels einer differenzierenden Statistik, dass es sich dabei vor allem um eine subsidiäre Kapitalzufuhr für bestehende Betriebe und weniger um Neugründungen handelte. „Die Empfänger deutscher Investitionen, bzw. Beteiligungen“ hatten nach der Zahl ihren Sitz zu 3/5 im Produktionssektor und zu 3/4 im Handel in Mailand und Umgebung. „Im Südtiroler Raum dagegen domizilieren etwa 1/5 der Empfänger deutscher Investitionen sowohl im Handels- als auch im Fabrikationsbereich.“⁴¹

1964 häuften sich auch in Südtirol industrielle deutsche Firmengründungen (7), auch die größten Betriebe nahmen in diesem Jahr ihre Produktion auf. Die hier wiedergegebene Liste des Assessorats für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus erfasst 30 deutsche Gründungen, die sich ab 1960 in Südtirol niedergelassen hatten und 1183 Arbeitsplätze schufen. Fast ein Drittel der Klein- und Mittelbetriebe stammte aus Bayern. Die Firmen siedelten sich – sofern von Standorthäufungen die Rede sein kann – vor allem im Puster- und im Eisacktal an (jeweils drei in Vintl, Sterzing und Klausen), in der Bozner Industriezone war noch keine Niederlassung möglich. 1960/1961 eröffneten mehrere textile Konfektionsbetriebe. 1965 erreichte die maximale Beschäftigtenzahl eines der Unternehmen 230 Mitarbeiter.

40 Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Az. III A5-81.02-0/111/65, an Auswärtiges Amt (AA), betr.: Ausländische Kapitalinvestitionen in Italien, Rom 11.2.1965, sowie Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Az. III A5-81.02-0/111/65, an AA, betr.: Ausländische Kapitalinvestitionen in Italien, Rom 16.3.1965. In: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA/AA), B 60 /460.

41 Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland, Az. III A5-84.10./94.12-21, an AA, betr.: Deutsche Investitionen im Amtsbezirk, Mailand 7.10.1965. In: Ebd.

Bei der räumlichen Verteilung blieb das bislang besonders industrialisierte Ballungsgebiet Bozen-Meran bei der Ansiedlung von ausländischen Betrieben in den 1960er-Jahren ausgespart. Denn das nur für Berggebiete und so genannte Notstandsgebiete vorgesehene staatliche Steuererleichterungsgesetz schloss das Etschtal von Meran bis Salurn (mit Ausnahme der Gemeinden Lana und Leifers) sowie die Altstadt von Klausen aus. Fast alle Interessenten, die in „Kenntnis dieses Gesetzes nach Südtirol“ kamen, „machten ihre Betriebsgründung von dieser Vergünstigung abhängig“. Das zuständige Landesamt hatte die Niederlassungen auf die begünstigten Gebiete zu verteilen. „Die Verteilung der Ansiedlungen erfolgte ohne Zugrundelegung eines bestimmten Planes, bevorzugte aber die arbeitskräftereicheren ländlichen Gebiete“, wie das Pustertal. Die wenigsten Unternehmer kamen mit einer festen Standortvorstellung nach Südtirol. Maßgebend für eine Ansiedlungsentscheidung waren häufig persönliche Beziehungen und nicht gezielte Standortanalysen.⁴²

Sieben Unternehmen (*Seeber*⁴³, *Hannuth KG*, *Birfield*, *Elektrisola*, *Mafag*, *Hoppe*, *WHM*) erhielten durch das Amt für Wirtschaftsförderung eine Grund- oder Erschließungsbeihilfe und Kredite. Eine Starthilfe für Grund oder Erschließung kam elf Unternehmen zugute, während 24 Firmen lediglich beraten wurden. Die staatliche Förderpolitik und die systematische Werbekampagne konnte einige Erfolge bei der Neuansiedlung verbuchen: seit 1960 wurden in der Provinz Bozen 46 inländische Industrieunternehmen neu errichtet oder erweitert. Ausländische Firmen schufen 32 neue Betriebe mit rund 1500 Beschäftigten. Viele von ihnen waren im Herbst 1965 noch im Aufbau und hatten die geplante Arbeitskräftezahl noch nicht erreicht. In einigen Fällen errichtete die westdeutsche Industrie Betriebe in Partnerschaft mit Ortsansässigen. 1963 nahm in St. Martin in Passeier die Spiralfedernindustrie *King* aus dem Schwarzwald die Produktion mit 50 Mitarbeitern auf. Das Unternehmen exportierte in die USA und stand 1966 bereits vor einer Vergrößerung. Schon ein Jahr nach Produktionsbeginn im Jahre 1964 verdoppelte der nordrhein-westfälische Kupferlackdraht-Hersteller *Elektrisola* in Sand in Taufers seine Anlage. Nach einem weiteren halben Jahr beschloss die Firma die nächste Erweiterung mit einer Aufstockung auf 70 Mitarbeiter. „Sehr erheblich“ war der Andrang an Stellengesuchen bei dem Tochterwerk der *EFHA* (Friedrich Hoppe, Hessen) in Schluderns, das ebenfalls 1964 die Produktion von Aluminium-Baubeschlägen mit 100 Arbeitskräften aufnahm. 1966 eröffneten die *WMH* (Herion) aus Oberbayern mit einer Zahnradfabrik im Vinschgau und R. Weidner aus Baden-Württemberg mit der Herstellung landwirtschaftlicher

42 PIXNER, Industrie in Südtirol, S. 44 f. u. 118.

43 Der 1986 durch das ehemalige Saarländische Montanunternehmen *Röchling* übernommene weltweite Technologieführer *Seeber GmbH* fertigt in Leifers und Kardaun mit rund 1200 Mitarbeitern Kunststoff-Formteile für die Automobilindustrie.

In Südtirol angesiedelte Industrie-Firmen, deren Inhaber oder Mitinhaber Bundesdeutsche sind, 20.9.1965

<i>Name</i>	<i>Inhaber</i>	<i>Branche</i>	<i>Standort</i>	<i>Stammfirma und Ort</i>	<i>Gründung</i>	<i>Beschäftigte</i>
Stögermatic	Max Stöger	Elektrogeräte	Vahrn	Max Stöger, München	1960	20
Panwa-Zimlich	Zimlich	Hosen	Vintl	Zimlich-Mönchberg, Aschaffenburg	1960	44
Cristallina Marmor	Schmaus	Marmorindustrie	Ratschings	Schmaus-Eilendorf, Aachen	1960	8
Sanodorm	Huber & Co.	Polstermöbel	Auer	R. Huber & Co., Augsburg	1960	k. A.
Jospo	Josef Popp	Haarveredlung	Gossensaß	Josef Popp, Großohrenbronn (Ansbach)	1961	10
Willy Seeber	W. Seeber	Plastikartikel	Kardaun	k. A.	1961	73
Bohne Koll. Ges.	Dora u. Hans Bluhm	Blusen	Prad	Bohne & Co., Berlin	1961	142
Schurr Hubert	H. Schurr	Arbeitskleidung	St. Lorenzen	Reutlingen	1961	40
Confital	Brühne	Mäntel	Sterzing	Berlin	1961	15
Dr. Hof Helmut	Dr. H. Hof	Plastikartikel	Naturns	Mainz	1962	ca. 10
Maurus Peter	Maurus	Holzbearbeitung	St. Felix	Stuttgart	1962	2
Lauster & Co.	Lauster	Marmorindustrie	Ratschings	Stuttgart	1962	16
K. Hannuth K.G.	K. Hannuth, M. Zahn, M. Jacob	Gardinenweberei	Vintl	M.A. Jacob, Weisenstadt (Franken)	1962	99
Fulgor GmbH	Klumm	Fernmeldegeräte	Klausen	Bamberg	1962	30
Busch Norbert	N. Busch	Hosenfabrik	Klausen	Norbert Busch, Enger (Westfalen)	1962	145
Semikron GmbH	Dr. Martin	Gleichrichter	Brixen	Semikron, Nürnberg	1963	22
Grünig	Dr. Grünig	Marmorindustrie	Sterzing	Erlenbach-Fürth (Odenwald, Hessen)	1963	92
King Italiana	Franz J. King	Spiralfedern	St. Martin in Passeier	J. King KG, Schramberg (Schwarzwald)	1963	44
H.W. Schaumann GmbH	H. Wilh. Schaumann	Futtermittel	Klausen	H.W. Schaumann, Ütersen (Holstein)	1963	4
Mobilrot	Höllwarth E. u. E.	Metallstellagen	Auer	k. A.	1964	25
Birfield Trasmissioni AG	div.	Gelenkwellen	Bruneck	20 % Jean Walterscheid KG, Siegburg / Lohmar	1964	230
Elektrisola Atesina GmbH	Dr. G. Schildbach	Isolierdrähte	Sand in Taufers	Dr. Gerd Schildbach, Eckenhagen	1964	27

Mafag – Exakta	Willy Pfeifer	Emailwaren, Maschinenteile	Eyrs (Laas)	Mafag, Gersfeld (Hessen)	1964	12
Plastalic s.a.s.	Müller-Seidl	Spielwaren	Toblach	Seidl / Lohmayer, Zirndorf (Nürnberg)	1964	5
Siegfried Jäkel	S. Jäkel	Aluminium- Gießerei	Blumau	E. Jäkel, Bielstein (Rheinland)	1964	6
EFHA	Fr. Hoppe	Baubeschläge	Schluderns	EFHA, Fr. Hoppe, Stadtallendorf (Hessen)	1964	110
W.M.H.	E. Herion	Zahnräder	Latsch	Herion GmbH, Pfaffenhofen	1965	im Bau
Weidner oHG	R. Weidner	Düngstreu Schlepper	Vintl	Fahrzeugwerk Weidner, Schwäbisch Hall	1965	im Bau
Kautex Ital.	R. Hagen	Hohlkörper aus Kunststoff	Sterzing	Kautex-Werke, R. Hagen, Hangelar	1965	10
SIVAR	Ing. Fritz Niessen	Kellerei- einrichtungen	Kaltern	Düsseldorf	1965	32

Quelle: SLA, Assessorat für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus, fasz. 44.

Fahrzeuge in Vintl.⁴⁴ Die Unternehmensgründung *Hoppe* wertete Hartmann Gallmetzer als „industrielle Geburt des Vinschgau“. Mit der Ansiedlung weiterer Werke in Laas und in St. Martin im Passeier schuf der Hersteller von Beschlägen aus Metall und Kunststoff über 1000 Arbeitsplätze. 1964 ließ sich in Bruneck die *Birfield Trasmissioni AG* nieder, „der größte industrielle Neuling unter den ausländischen Betrieben“ in der Provinz und „das Flaggschiff der damaligen Südtiroler Industrialisierungsoffensive“. Das Tochterunternehmen der *Birfield Limited* (London) unter Beteiligung der *Walterscheid K.G.* (Nordrhein-Westfalen) startete im März 1965 mit 40 Mitarbeitern die Produktion von Gelenkwellen sowie anderer Bauteile für Autos und Traktoren. Die Belegschaft stieg auf über 500 und sukzessiv auf mehr als 800 Beschäftigte an und das Unternehmen entwickelte sich in den 1960er-Jahren zur größten Industrieansiedlung in Südtirol. Die 1967 gegründete und zum gleichen Konzern wie *Birfield* gehörende *Bound Brook Italia AG* begann im Folgejahr in Bruneck mit knapp 20 Mitarbeitern Sinterwerkstoffe zu fertigen. Bis zur Umfirmierung des Unternehmens in *GKN Sinter Metals* im Jahre 1997 stieg die Beschäftigtenzahl auf 270, bis 2003 auf fast 400 an. Ausschlaggebend für die Standortentscheidung Bruneck (*Birfield*) bzw. Vinschgau (*Hoppe*) waren „die Nähe zum italienischen Absatzmarkt, die vorhandenen Arbeitskräfte und die günstige Verkehrslage“ unweit von der ab 1974 durchgehend befahrbaren Brenner-Autobahn.⁴⁵

44 Südtirol ruft nach Industrien (wie Anm. 12). Das Dokument nennt zwei weitere Unternehmen aus der Schweiz und Lichtenstein.

45 ALEXANDER, Industrielle Entwicklung, S. 62; Hartmann GALLMETZER, Industrie im Vinschgau. Eine Momentaufnahme, Bozen 2003, S. 47; siehe auch PIXNER, Industrie in Südtirol, S. 41–44.

Die ausländischen Unternehmer orientierten die Errichtung ihrer Betriebe auch an der Verfügbarkeit geeigneter Grundstücke. 39 Prozent der Arbeitsplätze befanden sich im Pustertal, 32 Prozent im Eisacktal, 21 Prozent im Vinschgau sowie 8 Prozent im Passeier Tal und im Bozner Unterland. Südtirols Industrieplan setzte die Untergrenze bei Industriebetrieben mit elf Arbeitnehmern fest. Nach der Statistik des Amts für Wirtschaftsförderung beim Landesassessorat für Industrie hatten die seit 1960 von der Dienststelle betreuten 62 neuen oder erweiterten Industrieunternehmen insgesamt 2806 Arbeitnehmer eingestellt. 26 dieser Unternehmen mit 1666 Beschäftigten (64 pro Betrieb) waren Gründungen aus dem Ausland, vor allem aus der Bundesrepublik, sowie auch der Schweiz, Liechtenstein, England, den Niederlanden und Österreich. Hinzu kamen 27 Unternehmen mit jeweils maximal zehn Arbeitskräften (insgesamt 181). Davon waren neun mit insgesamt 60 Beschäftigten im Auslandsbesitz.⁴⁶

Der größte Teil der zwischen 1955 und 1971 angesiedelten ausländischen Betriebe bzw. deren Besitzer stammte aus der Bundesrepublik. 24 von insgesamt 34 ausländischen Firmen waren Zweigbetriebe, drei weitere Niederlassungen waren Hauptbetriebe westdeutscher Unternehmer. Die bundesdeutschen Betriebe stellten etwa zwei Drittel aller mit Hilfe von Auslandskapital geschaffenen Arbeitsplätze. Die starke Beteiligung Westdeutschlands an den Ansiedlungen der 1960er-Jahre liegt daran, dass Südtirol in dieser Zeit für die Bundesrepublik das einzige ausländische Gebiet innerhalb der EWG war, das einen erheblichen Arbeitskräfteüberschuss aufwies. „Gerade der Faktor ‚Sprache‘ bildete bei der Ansiedlung in anderen Ländern für viele deutsche Unternehmer eine schwer überwindbare Klippe, sowohl hinsichtlich der Schulung der Arbeitskräfte, als auch bei Verhandlungen mit Staats- und Landesbehörden.“ Der Standort Südtirol war zudem nahe liegend, da vielen Unternehmern das Land bereits durch Urlaubsreisen bekannt war. Der größte Teil der industriellen Neugründungen kam bis Anfang der 1970er-Jahre aus dem nahen süddeutschen Raum, mit einem deutlichen Schwerpunkt in der Region München und im Wirtschaftsraum Stuttgart. Die meisten Ansiedlungen stellte Bayern mit elf Unternehmen und etwa 430 Arbeitsplätzen vor Baden-Württemberg mit sieben Firmen und knapp über 500 Beschäftigten. Die Mehrzahl der süddeutschen Niederlassungen waren Kleinbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten. Lediglich drei Unternehmen aus Baden-Württemberg steigerten in den 1960er-Jahren ihre Belegschaft auf über 100, während der größte Betrieb aus Bayern 93 Arbeitsplätze schuf. Was die Branchenverteilung betrifft, so umfassten die bayerischen Firmen gleichmäßig die Sektoren Mechanik und Bekleidung und Baden-Württemberg fast ausschließlich den

46 Das Manuskript „Südtiroler Industrieplan“ (49 S.), o. Dat. [ca. 1968] mit handschriftlichen Korrekturen, S. 38 u. 40. In: SLA, Assessorat für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus, fasz. 44.

Sektor Mechanik. Süddeutschland als Herkunftsraum der Zweigniederlassungen erklärt Albin Pixner „in erster Linie aus der Nähe und der traditionellen Verbundenheit mit Südtirol“. Österreich war an den Neugründungen kaum beteiligt, nicht zuletzt aufgrund der Zollbarrieren zwischen den Wirtschaftsräumen der EWG und der EFTA.⁴⁷

Die Landesregierung in Bozen versuchte vor allem Unternehmen aus Westdeutschland und Österreich mit Fördermaßnahmen über den Brenner zu locken und warb mit Südtirols zentraler Lage in Europa, seinen Arbeitskraftreserven und der Zweisprachigkeit. Für Südtirols jährlichen Bevölkerungszuwachs, „der in Mitteleuropa nicht seinesgleichen findet“ und zu groß wäre, um von der „Wirtschaft Jahr für Jahr verkraftet zu werden“, so 1966 das Memorandum des Wirtschaftsassessors, müssten die Behörden Arbeitsplätze schaffen. Auch in den Landgemeinden würde der Ruf nach Schaffung „weiterer industrieller Arbeitsplätze, und zwar sehr vieler“ immer lauter. Die Förderangebote bei Neuerrichtung oder Erweiterung von Industrie- und Handwerksbetrieben in der Provinz Bozen umfassten auch Industriedarlehen und Baugrund. Bei der Wahl eines Firmensitzes in einer als „Bergzone“ klassifizierten Gegend gewährte das Land ab dem Zeitpunkt der Produktionsaufnahme für zehn Jahre eine Einkommensteuerbefreiung, der wichtigsten direkten Steuer in Höhe „von rd. 30 % auf den Reingewinn“. Ausgeschlossen blieben Investitionen in Anlagen, die zwei Milliarden Lire (12,9 Mio. DM) überstiegen. Die Vergünstigungen galten auch für den Mehrertrag aus Erweiterungsinvestitionen, sofern das Unternehmen unter der genannten Größe lag. Die Region gewährte Zinszuschüsse auf Industriedarlehen mit einer maximalen Laufzeit von zehn Jahren, die Kreditinstitute in der Provinz Bozen, vor allem die Investitionsbank *Mediocredito*⁴⁸, vergaben. Trotz der beschränkten Verfügbarkeit ebener Flächen in den Tälern und teurer Baugründe biete Südtirol geeignete Areale für Industriestandorte. Ein Regionalgesetz ermöglichte den Gemeinden, für den Ankauf und die Erschließung von Land Darlehen für 15 Jahre aufzunehmen. Für eine entsprechend günstige Weitergabe des erschlossenen Baulandes an Interessenten konnten sie für diesen Zeitraum jährliche Zuschüsse (etwa die Hälfte) zu den jährlichen Zins- und Tilgungsquoten von insgesamt 10,5 Prozent erhalten. Im Unterschied zum übrigen Italien, das nur Namensaktien kannte, war für Gesellschaften mit Sitz in der Autonomen Region „seit August 1959 die Ausgabe von Inhaberaktien zulässig, sofern damit Industrieanlagen oder Fremdenverkehrseinrichtungen finanziert“ wurden. Diese waren leichter

47 PIXNER, Industrie in Südtirol, S. 45–48.

48 Mit Mitteln des *Mediocredito* – insgesamt 15 Mio. Lire am 17.3.1957 auf der Grundlage des Regionalgesetzes vom 16.11.1956 Nr. 18 f. – plante und errichtete eine Tochter der *Mannesmannregner GmbH*, die Allgemeine Berechnungsgesellschaft Bozen / *Società Generale Pioggia*, bereits im Frühjahr 1958 eine genossenschaftliche Berechnungs- und Frostschutzanlage in Natz-Schabs bei Brixen. An der Verlegung der Leitungen waren Ingenieure und Spezial-Schweißer der Münchner *Mannesmann-Rohrleitungsbau GmbH* beteiligt. Siehe die Liste der Darlehensempfänger in: SLA, Assessorat für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus, fasz. 49 (*Mediocredito* 1968-70).

übertragbar.⁴⁹ 1965 schlug die Handelskammer Venedig der Bozner Kammer, mit der sie im *Comitato per lo sviluppo degli insediamenti industriali nelle Tre Venezie* (Komitee für die Förderung industrieller Ansiedlungen in den Drei Venetien) zusammenarbeitete, vor, die im Hafengebiet von Marghera mit Auslandskapital neu gegründeten und zu gründenden Industriebetriebe sollten unter Nutzung der Vergünstigungen der Regionalgesetze ihren Gesellschaftssitz und die Verwaltung nach Bozen verlegen. Die Bozner Kammer wehrte jedoch ab und hielt es im Einvernehmen mit Südtirols politischen Vertretern „für zweckmässig, vor der Errichtung eines eigenen technischen Komitees für die Werbung (vor allem in Deutschland und Österreich) die Erfolgsaussichten der Initiative zu untersuchen“.⁵⁰

Südtirols 1966 im Entwurf vorliegender Raumordnungsplan sah die geschlossene Ansiedlung von Industrien auf Flächen in den Gemeinden Schlanders, Lana, Leifers, Auer, Brixen, Sterzing, Bruneck und Sand in Taufers vor. Da außerhalb von Bozen Industrien damals kaum vorhanden waren, standen „branchenmäßig, soweit nicht ganz besondere Standorterfordernisse vorliegen, fast alle Möglichkeiten offen“. Die Landesregierung richtete ihre Bemühungen verstärkt auf die Ansiedlung von Industriebetrieben mit männlichen Arbeitskräften, da in Südtirol „die Zahl der Unternehmer und der Umfang ihres investierbaren Kapitals für diese Erfordernisse lange nicht“ ausreichten. „Industrieunternehmer, die entweder aus Mangel an Arbeitskräften in Deutschland an eine Ausweitung ihrer Produktion für den deutschen Markt oder an die Errichtung eines Tochterunternehmens in Italien zur Belieferung des italienischen Marktes oder sonstiger Auslandsmärkte denken“, könnten unter bestimmten Einschränkungen einen Standort in Südtirol in Erwägung ziehen. Dabei kämen Unternehmen mit mehr als 200 Arbeitsplätzen nur in Frage, wenn die Entwicklung zu einem Großbetrieb gut vorausgeplant und sich über drei bis vier Jahre erstrecken würde, damit „die Ansaugung von Arbeitskräften durch die Industrie die anderen, bodenständigen Erwerbszweige, besonders Landwirtschaft und Gastwirtschaft“ nicht in Schwierigkeiten bringe. Größere Firmen, die nur oder vorwiegend Frauen beschäftigten, wären ohne Erschütterung der Südtiroler Wirtschaftsstruktur „schwer oder gar nicht unterzubringen“. Da in der Provinz Bozen Fachkräfte verschiedener Branchen unmittelbar kaum verfügbar waren, müssten Unternehmen mit sofortigem Bedarf an zahlreichen voll ausgebildeten Fachkräften mehrere Jahre im voraus planen. Die Landesbehörden würden unter bestimmten Voraussetzungen die Anlernung von Fachkräften finanzieren.⁵¹ Tatsächlich stellten viele der neuen

49 Das Unternehmen hatte außer seinen Steuern für die einzelnen anonymen Dividendenempfänger 30 Prozent des Dividendenertrages als deren Komplementärsteuer abzuführen. Siehe: Südtirol ruft nach Industrien (wie Anm. 12).

50 Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammer Bozen, Bericht über die Tätigkeit der Organe und der Ämter der Kammer im Jahre 1965, S. 91 f.

51 Südtirol ruft nach Industrien (wie Anm. 12).

Firmen fast ausschließlich Frauen ein und absorbierten damit in ihrem Einzugsbereich den deutlich geringeren weiblichen Arbeitskräfteüberschuss, da sehr viele Frauen im Haushalt, Gastgewerbe und Obstexport tätig waren.

„Von der Absicht einen Betrieb zu errichten bis zur Verwirklichung dieses Vorhabens war es allerdings im damaligen Südtirol ein weiter Weg.“ Ankauf und Erschließung von Grund waren sehr aufwändig und durch die langen Wartezeiten vieler ansiedlungswilliger Betriebe scheiterte „eine beträchtliche Zahl von Vorhaben“. Hinzu kamen einige Militärgesetze aus der Zeit des Faschismus, nach denen in ganz Südtirol für Bauten mit mehr als 100 m² Fläche oder einer Höhe von über zehn Metern eine militärische Genehmigung aus Padua eingeholt werden musste. Nachteilig für Südtirols Industrialisierung wirkten sich auch die politischen Spannungen im Zuge der Sprengstoffanschläge Ende der 1950er-Jahre aus: unmittelbar nach 1961 ging die Zahl der an einer Niederlassung Interessierten spürbar zurück. Zahlreiche Auflagen des Raumordnungsplans führten dazu, dass von der Ansiedlungsentscheidung eines Unternehmers bis zur Zuweisung des Grundstücks und der Erteilung der Baugenehmigung oft bis zu zwei Jahre vergingen. Trotz dieser Schwierigkeiten ließen sich bis 1972 in Südtirol 34 Industriebetriebe mit ausländischen Mehrheitskapital nieder, die etwa 2800 neue Arbeitsplätze schufen.⁵²

Italienische Behörden förderten die Ansiedlung westdeutscher Unternehmen besonders im Trentino, wie z. B. 1969 die Aktiengesellschaften *Grundig Italiana* und *Trentofrutta*. In Südtirol standen deutsche Betriebsgründungen dagegen unter dem Generalverdacht der „Unterwanderung“. Kritik richtete sich gegen den Grundstückserwerb und Tourismuseinrichtungen, nachdem die „Stille Hilfe für Südtirol“ mit Spenden aus Nordrhein-Westfalen und massiven bayerischen Finanzspritzen im November 1966 ein Kinderheim gebaut hatte.⁵³ „In letzter Zeit befaßt sich die hiesige Linkspresse mit der Behauptung, ebenso schwerwiegend wie Terrorakte seien die Bemühungen von Kreisen in der Bundesrepublik, die italienische Souveränität in Südtirol durch eine wirtschaftliche Unterwanderung auszuhöhlen“, berichtete Botschafter Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld aus Rom nach Bonn.

„Das geschehe dadurch, daß in großem Umfange Grundstücke aufgekauft, deutsche Ferienheime eingerichtet und unter dem Vorwande einer Förderung des Tourismus große Fremdenverkehrsorganisationen südlich des Brenners aufgezogen würden.“

52 PIXNER, *Industrie in Südtirol*, S. 39 f.

53 Gegen Ende der 1950er-Jahre flossen zunächst über das „Kulturwerk für Südtirol e.V.“ in München, ab 1963 durch die „Stille Hilfe“ Gelder für soziale Projekte in das strukturschwache Südtirol. Vorsitzender des deutschen Bergisel-Bund-Ablegers „Kulturwerk für Südtirol“ war von 1960 bis 1971 Josef Ertl – seit 1950 im bayerischen Staatsdienst, ab 1971 FDP-Landesvorsitzender in Bayern und von 1969 bis 1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Siehe Rolf STEININGER, *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969*, Bd. 1: 1947–1959, Bozen 1999, S. 827, und CLEMENTI, *Konservative Erneuerung*, S. 131 und 155.

Deutsche Niederlassungen in Südtirol würden in Italien kontrovers beurteilt.

„Während amtliche italienische Stellen die Gründung deutscher Firmen im ital. Sprachgebiet (Trento) begrüßen und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auch aktiv fördern, pflegen sie Anträgen auf Niederlassung deutscher Staatsangehöriger und deutscher Unternehmer im deutschen Sprachgebiet (Alto Adige, d. h. in der Provinz Bozen) mit größerer Zurückhaltung zu begegnen. Daß hier auch politische Motive, wie die Angst vor Verbindungen mit aktiven Terroristen, eine Rolle spielen könnten, leite ich aus einer Bemerkung ab, die kürzlich ein Referent in der Rechtsabteilung des ital. Außenministeriums einem meiner Mitarbeiter gegenüber machte. Dieser erklärte, dass bei der Behandlung derartiger Anträge nicht nur rechtliche, sondern auch politische Gesichtspunkte gewürdigt werden müssten; daher müsste auch die politische Abteilung gehört werden.“

Adenauers Botschafter wies darauf hin, dass „auch die Einstellung deutschsprachiger Vertreter der südtiroler Wirtschaft gegenüber der Neuzulassung deutscher Betriebe nicht unbedingt positiv“ sei, wobei „allerdings andere Motive, wie die Konkurrenz und die Abwerbung der ohnehin knappen Arbeitskräfte im deutschen Sprachgebiet, eine Rolle“ spielen würden.⁵⁴

Gegen eine „Kopfprämie“ hatten deutsche Unternehmen private Vermittler mit der Anwerbung Südtiroler Bergleute beauftragt. Denn in der Bundesrepublik setzte 1959/60 mit der beginnenden Hochkonjunktur eine wachsende Nachfrage der Arbeitgeber nach qualifizierten und ungelerten Arbeitskräften ein. Nach dem Mauerbau im August 1961 und dem Ende des Zustroms von Arbeitskräften aus der ehemaligen DDR forcierte die Regierung Adenauer die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer – zunächst insbesondere von „Volksdeutschen“ in Österreich und Italien.⁵⁵ Während Westdeutschland „Gastarbeiter“ anwarb und eine Massenarbeitswanderung in die Industriezentren einsetzte, hob das Memorandum des Assessorats für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus Südtirols „geradezu paradiesische Aussichten für unternehmerische Aktivitäten“ hervor. Allerdings würden die im Vergleich zu Deutschland niedrigeren Löhne und Gehälter „durch die hohen Soziallasten des Arbeitgebers (meist über 70 %) zu einem erheblichen Teil aufgewogen“. In den meisten Fällen bliebe jedoch ein Vorteil, den ein deutsches Unternehmen in der Provinz Bozen im Herbst 1964 anhand eines Vergleichs zwischen der Pro-

54 Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Az. RK-V3-87-00/0, an AA, betr.: Niederlassungsrecht in Italien; hier: Südtirol, Rom 16.12.1966, gez. Herwarth, in: PA/AA, B 82/651. Nach dem Krieg hatten sich in Südtirol Familien und Unternehmen schwerst belasteter deutscher Nationalsozialisten niedergelassen, wie z. B. in Auer die *Agria*, eine Filiale der Günzburger Landmaschinenfabrik *Karl Mengele & Söhne*. Die Firma *Mengele & Steiner* in Meran ging 1950 aus dem Landmaschinen-Unternehmen *Franz Steiner* hervor, dem bereits auf der ersten Bozner Herbstmesse die Generalvertretung für Mengele-Produkte für ganz Italien übertragen wurde. Siehe Günther PALLAVER, Schlamm drüber. In: Hans HEISS/Gustav PFEIFER (Hgg.), Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946, Innsbruck/Wien/München 2000, S. 256–280, hier S. 273, sowie die Festschrift „100 Jahre Mengele 1872–1972“. In: Archiv Deutsches Museum, München.

55 Maximiliane RIEDER, Deutsch-italienische Wirtschaftsbeziehungen. Kontinuitäten und Brüche 1936–1957, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 456 f.

duktion von Stammwerk und Tochterbetrieb mit zwölf Prozent errechnet hatte. Bei den Baugrundpreisen und Baukosten sei „an den Hauptstraßen, in der Nähe von Ortschaften außerhalb des Obst- und Weinbaugebietes“ mit 10 bis 13 DM pro m² zu rechnen. Dabei wären die Erschließungskosten häufig höher als das Grundstück. Dafür sei die in Südtirol fast überall verfügbare elektrische Energie „umso billiger, je gleichmäßiger der Bedarf und je größer der Verbrauch ist“.⁵⁶ Als zahlreiche Firmen bereits vor 1960 dazu übergingen, Zweigbetriebe in arbeitskräftereichen Gebieten im Ausland zu errichten, profitierte auch die deutschsprachige Provinz Südtirol von der westdeutschen Arbeitsmarktsituation. Als Industriestandort innerhalb eines italienischsprachigen Staatsgebietes besaß Südtirol günstige Voraussetzungen, zudem lagen die Löhne Ende der 1950er-Jahre etwa 30 Prozent unter dem westdeutschen Niveau. Auch die relativ hohen Soziallasten hoben diese Differenz nicht auf. Italien wies zu dieser Zeit die niedrigsten Lohnkosten innerhalb der EWG auf.⁵⁷

Neben den Repräsentanten der Handelskammern Nordost-Italiens sowie Industriellen nahmen Südtirols Landesrat für Industrie, Franz Spögler, an der am 22. Mai 1969 vom *Comitato per lo sviluppo degli insediamenti industriali nelle Tre Venezie* mit dem Deutschen Industrie-Institut⁵⁸ in der Industrie- und Handelskammer Köln organisierten Veranstaltung „Italiens Wirtschaft an Direktinvestitionen interessiert“ teil. Redebeiträge lieferten der IHK-Präsident Otto Wolf von Amerongen sowie der Präsident der Handelskammer Venedig und des Komitees Ing. Arrigo Usigli. Spögler warb für den Wirtschaftsstandort Südtirol⁵⁹, Industrieansiedlungen aus der Bundesrepublik seien auch für die Südtiroler Bevölkerung sehr vorteilhaft, die auf Grund ihrer „Doppelsprachigkeit eine gewisse Vermittlerrolle zwischen dem deutschen und italienischen Sprachraum spielen“ möchte. Da die Provinz Bozen noch einen relativ hohen Prozentsatz der Bevölkerung in der Landwirtschaft binde, müssten die aus dem Primärsektor frei werdenden Arbeitskräfte vor allem in der Industrie untergebracht werden. Mit den in den letzten Jahren in Südtirol entstandenen deutschen Betrieben hätte man „mit einigen Ausnahmen, sehr gute Erfahrungen gemacht“. Südtirol habe an weiteren Industrieansiedlungen Interesse, die, so weit möglich, „nach dezentralisierten Polen erfolgen“ sollten. Die laufende Verbesserung der Staats- und Landesstraßen sowie der rasch fortschreitende Ausbau der Brenner-Autobahn ermögliche, so der Landesrat, eine dezentrali-

56 Südtirol ruft nach Industrien, (wie Anm. 12). Zum Vergleich: Das durch Trockenlegung von Sümpfen an der Peripherie der Lagune von Venedig gewonnene Land – ca. 30 bis 40 Mio. m² – wurde für ca. 6 DM pro m² an Industrieunternehmen verkauft. Um 1962 entstanden in der zweiten Industriezone von Marghera 220 neue Fabriken.

57 PIXNER, Industrie in Südtirol, S. 39.

58 Träger des 1973 in Institut der deutschen Wirtschaft (IW) umbenannten Wirtschaftsforschungsinstituts sind der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

59 Camera di Commercio, Industria, Artigianato ed Agricoltura – Bolzano, Relazione sull'attività svolta dagli Organi Camerali nel biennio 1968-1969, S. 68 f.; Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Köln 24 (1969), Nr. 12, S. 355 ff.

sierte Industrialisierung. Arbeitsplätze sollten „dorthin verlegt werden, wo die Arbeitskräfte zu finden sind“. Südtirol habe Interesse an kleineren und mittleren Industriebetrieben. Fabriken, die vor allem Frauen Arbeit boten, kämen wegen ihrem überwiegenden Einsatz im Gastgewerbe kaum in Frage, ebenso wenig wie Großindustrien, die sofort sehr viele Beschäftigte absorbierten. Der Landesregierung war bekannt, „daß Kapitalanlagen deutscher Unternehmer im Ausland durch eine Gesetzesvorlage des Bundesministers Strauß begünstigt werden sollen“. Spögler plädierte nicht nur für neue Ansiedlungen, sondern auch für Auslandsaufträge an Südtiroler Unternehmen.⁶⁰ Aus Transportgründen käme bei Zulieferungsaufträgen „in erster Linie Süddeutschland in Frage“.⁶¹ Das Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft trat im August 1969 in Kraft.⁶²

Als der *Alto Adige* in seinem Bericht vom 28. Mai 1969 „Sfuma una nuova industria da mille operai (400 donne) in provincia di Bolzano?“ kritisierte, der Landesrat für Industrie habe die Ansiedlung einer großen internationalen Finanzgruppe abgelehnt, wies Spögler in seiner Gegendarstellung darauf hin, er habe kein Angebot ablehnen können, da *Siemens* kein konkretes Angebot gemacht hatte. Das Amt für Wirtschaftsförderung hätte im April mit der *Siemens*-Zentrale nicht nur im Zusammenhang mit der Einladung auf die Kölner Veranstaltung Kontakt aufgenommen. Er wäre gemeinsam „dietro accordi presi in precedenza“ mit dem Kaufmännischen Leiter des Unternehmensbereichs Nachrichtentechnik, Alfred Ort, an den Rhein gereist. Auf die Anfrage seiner Dienststelle nach einem möglichen Produktionssektor und der damit verbundenen Beschäftigtenzahl hätte der Konzern-Leiter mitgeteilt, *Siemens* errichte im allgemeinen nur Fabriken für mindestens 1000 Arbeitskräfte und persönlich denke er an den Bereich Telekommunikation, in dem zu 60 bis 80 Prozent Frauen beschäftigt würden. Nach telefonischen und persönlichen Kontakten hätte sich abgezeichnet, dass das Münchner Unternehmen keine Absicht oder ein konkretes Programm habe, eine Fabrik in Südtirol oder in einer anderen italienischen Region zu errichten.⁶³

Der Brixner Gemeinderat entschied schon in den Jahren 1962 und 1968 durch Industrieansiedlungen neue Arbeitsplätze zu schaffen.⁶⁴ 1970, im Zuge des Ausbaus der ersten Industriezone in Mahr, plante die *Continental-Gummiwerke AG* die Ansiedlung eines Zweigwerks für die Herstellung von Gürtelreifen für den italienischen Markt. Landesregierung, Stadtrat, Gewerkschaften und kirchliche Sozialorganisationen befürworteten das Angebot des

60 Redeentwürfe von Dr. Franz Spögler, in: SLA, Assessorat für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus, fasz. 44.

61 Südtirol ruft nach Industrien, (wie Anm. 12).

62 Bundesgesetzblatt I, 1969, S. 1211–1214.

63 Assessore Provinciale Dr. Franz Spögler al Giornale Alto Adige (Durchschlag) 1651-Ass./m 30.5.1969. In: SLA, Assessorat für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus, fasz. 44.

64 LECHNER/PERKMANN, Wirtschaftszentrum, S. 280.

Reifenherstellers, gegen Steuervergünstigungen und die Bereitstellung von Bauland über 1000 Arbeitsplätze zu schaffen. Nachdem der Landesausschuss beschlossen hatte, die Kosten für den Erwerb und die Erschließung des Bau- grounds bis zu 90 Prozent zu bezuschussen, reiste Spöglger Mitte Dezember 1969 nach Hannover, um mit dem Direktorium des Unternehmens die Einzelheiten für den Bau der Fabrik zu besprechen, zumal auch die Provinz Trient an einer Niederlassung des Konzerns großes Interesse signalisierte.⁶⁵ Doch der zunehmende Widerstand der Brixner Bürger gegen die Fabrik, vor allem aus dem Tourismusbereich, führte dazu, dass der Stadtrat das Projekt fallen ließ. In der ehemaligen Bischofsstadt war „die Wirtschaftsgesinnung“ weit weniger ausgeprägt als „in der Handelsstadt Bozen oder der Kurstadt Meran“.⁶⁶

Ölkrise und Boom: Südtirol auf dem Weg zum Zuwanderungsland

Übereinstimmend mit den Vorschlägen der Raumordnungsentwürfe und der Wirtschaftsprogramme schufen das Regionalgesetz vom 13. Januar 1970 (Nr. 2: Maßnahmen für die Bereitstellung von neuen Industrieflächen) und das Landesgesetz vom 18. Dezember 1972 (Nr. 45: Maßnahmen für die Bereitstellung von Flächen für Produktionsbetriebe) die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausweisung von 14 Industriezonen von Landesinteresse. Das Staatsgesetz vom März 1972 sah vor, dass das Ministerium für die Staatsbeteiligungen in der Provinz Bozen neue Industrie-Initiativen von Unternehmen mit italienischer Staatsbeteiligung vom Beschluss des interministeriellen Komitees für die Wirtschaftsprogrammierung abhängig machen würde, der „im Einvernehmen mit der Provinz“ zu fassen war. Südtirols Industrialisierung mit ausschließlich oder überwiegend ausländischem Kapital unterlag künftig, unbeschadet der Einhaltung internationaler Verträge, der einvernehmlich mit der Landesregierung zu treffenden Entscheidung des Komitees.⁶⁷

Allerdings kam es nach 1970 zu einem Rückgang der Auslandsinvestitionen, das Interesse an der Gründung von Zweigbetrieben in Südtirol ließ beträchtlich nach. Zwischen 1972 und 1979 siedelten sich nur acht Unternehmen – aus Bayern *Durach* mit 38 Beschäftigten in Lana und *Hennig* mit 28 Mitarbeitern in Leifers – mit ausländischem Mehrheitskapital an. Alle errichteten vor 1975 ihre Niederlassung, wobei zwei Neugründungen Zweigbetriebe von bereits ansässigen Auslandsfirmen waren. Die weltweite Wirtschaftskrise führte zu Absatzschwierigkeiten, die auch in den Stammbetrieben aufgrund von Auftragsrückgängen die Situation veränderten. Produktions- und Inves-

65 Giunta provinciale Bolzano, Verbale di Seduta del 22.12.1969, gez. Dr. W. Mayer. In: SLA, Assessorat für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus, fasz. 44.

66 Hans HEISS, *Der Weg des „Elephanten“*. Geschichte eines großen Gasthofs seit 1551, Bozen/Wien 2002, S. 166; LECHNER/PERKMANN, *Wirtschaftszentrum*, S. 277. Siehe auch Evi BRIGL, *Protest in der Provinz. Industrie und soziale Mobilisierung in Südtirol*, Dipl. Wien 2007.

67 Staatsgesetz Nr. 118 vom 11. März 1972, V. Abschnitt: Industrie-Initiativen mit Staatsbeteiligung oder mit ausländischem Kapital, Art. 20. In: SLA, Assessorat für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus, fasz. 18.

titionsrückgänge sowie Belegschaftsreduzierungen in der Industrie waren die Folge. Mit den frei werdenden Kapazitäten entfiel häufig die Notwendigkeit, im Ausland Tochterunternehmen zu errichten. Auch Italiens Wirtschaftslage – das Land wies in der EWG die höchsten Produktionsausfälle durch Streiks auf – war eine Ursache für den geringen industriellen Zuwachs. Die zunehmenden sozialen Unruhen verminderten den Anreiz, Zweigniederlassungen in Südtirol zu errichten. Pixner führt als weiteren Grund die wesentliche Veränderung einiger Südtiroler Standortvorteile der 1960er-Jahre auf: bis 1970 stiegen in Südtirol die Lohnkosten – einst die niedrigsten im EWG-Raum – und auch die Preise für Industriegrundstücke hatten sich erheblich verteuert und ließen sich auch durch die bestehenden Förderungsgesetze nicht ausgleichen. Zum Nachteil der Industrie änderte sich Anfang der 1970er-Jahre die staatliche Industrieförderung: mit der Steuerreform, die 20 direkte und indirekte Steuern zu sieben neuen Steuern zusammenfasste, schrumpfte die zehnjährige Befreiung von der Einkommensteuer – eines der wirksamsten und von fast allen ausländischen Investoren in Anspruch genommenen Förderinstrumente – auf einen Bruchteil. Denn sie gewährte die Steuerbefreiung nicht mehr auf die neue *imposta sul reddito*, sondern auf die unbedeutendere *imposta locale sul reddito*. Die Wirkungen der ablehnenden „Haltung namhafter Personen aus Wirtschaft und Politik gegen eine Invasion ausländischer Betriebe“ sind schwer abschätzbar, doch zeigte schon eine Umfrage des Südtiroler Wirtschaftsinstituts zu Beginn der 1960er-Jahre die Skepsis des Großteils der Befragten gegenüber den nur als Übergangslösung befürworteten ausländischen Initiativen. Eine zu massive und meist nur ökonomische Ziele verfolgende „Industrialisierung durch landesfremde Kräfte“ wurde als Bedrohung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Krisenbeständigkeit empfunden. Südtiroler „Unternehmer hätten mehr Verantwortungsbewusstsein für die Belange des Volkes und mehr Verständnis für die einheimische Arbeiterschaft“, war der Tenor. Als auf Südtirols Arbeitsmarkt zunehmend eine Verknappung an qualifizierten Arbeitskräften eintrat, kam Kritik auf, ausländische Firmen würden die inländischen in ihrer Entfaltung behindern. Die durch die allgemeine Verteuerung und Verknappung der Rohstoffe, vor allem Erdöl, ausgelöste Rezession in den Industrieländern verschonte auch Südtirol nicht, doch machte sie sich erst später, im Verlauf des Jahres 1980, bemerkbar. In Südtirol schuf Italiens galoppierende Inflation vor allem für die exportorientierten Unternehmen ein Problem. Südtirols Industrialisierung, an der bedingt durch die Rezession, den Wegfall von Steuervergünstigungen und Italiens Imageverlust nur mehr sehr wenige ausländische Firmen beteiligt waren, schritt dennoch außerhalb der geplanten Industriezonen in zahlreichen Gemeinden voran. Das Ziel einer dezentralisierten Industrialisierung wurde erreicht.⁶⁸

68 PIXNER, *Industrie in Südtirol*, S. 77 f., 112, 118 u. 45.

Nicht nur Industrieunternehmen, die von Südtirols Beschäftigungsförderung und der Zuweisung von günstigem Baugrund in den 1960er-Jahren profitiert hatten, sondern auch der Handel nutzten die Chancen, die das Grenzland als Intermediär für den Absatz deutscher Waren in Italien bot. Eines der größten deutschen Handelsunternehmen für Befestigungs- und Montagmaterial für Handwerk und Industrie, die schwäbische Würth-Gruppe, errichtete im Februar 1963 in Bozen einen italienischen Vertriebsstandort, verlegte später seinen Sitz nach Terlan, schließlich nach Neumarkt und eröffnete weitere Vertriebszentren bei Rom und in Bologna. Die Niederlassungsentscheidung für die *Würth Italia Srl* fiel nach mehreren erfolgreichen Testverkäufen in Norditalien im Jahre 1962. Die sprachliche Kommunikation sowie der Ausbau der Brenner-Achse waren weitere Anreize. Dagegen bildete die Förderpolitik nach Auskunft des Unternehmens seinerzeit kein Kriterium. Mit der Öffnung der europäischen Märkte in den 1980er-Jahren konnte Südtirol immer mehr an die traditionelle Mittlerrolle zwischen dem mediterranen und dem mitteleuropäischen Wirtschaftsraum anknüpfen, die das Territorium bereits vom 17. bis Ende des 18. Jahrhunderts eingenommen hatte. Deutsche Firmen überwandten die alpine Barriere, weil sie erkannten, dass Standorte in Südtirol durch die geographisch zentrale Lage in Europa große Absatzmärkte in Italien leicht erschließen konnten. Anträge auf Grundzuweisung in der Gewerbezone Neumarkt und in der Industriezone Lana stellten z. B. *Miele*, *Würth* und *Leitz*. Der Münchner *BMW*-Zubehörhersteller *Dräxelmeyer* plante die Auslagerung der lohn- und arbeitsintensiven Fertigung nach Südtirol mit einer Niederlassung für 400 Mitarbeiter.⁶⁹

Unter den Exportländern der bayerischen Agrar- und Ernährungswirtschaft liegt Italien heute mit Abstand an erster Stelle. Jährlich liefert dieser Wirtschaftszweig nahezu ein Drittel des gesamten Ausfuhrwerts über die Alpen in den Süden. Der Schwerpunkt des Exports liegt bei Milchprodukten und nicht selten wird in Italien Parmesan aus bayerischer Milch hergestellt. Der italienische Markt wurde für Molkereien und Käsereien aus Landshut, Nürnberg und Wasserburg so wichtig, dass sie in Sterzing, Bozen und Verona Tochtergesellschaften gründeten.⁷⁰ Die *Bayernland eG* knüpfte bereits 1965 erste Kontakte zu Südtiroler Molkereigenossenschaften und errichtete mit der *Dampfmolkereigenossenschaft Sterzing* 1969 die Vertriebsniederlassung *Bayernland-Vipiteno GmbH*. Der sprunghafte Anstieg des Milchexports ab 1971 führte die *Bayerische Milchindustrie eG* zu wesentlichen Änderungen in der Produktion. 1991 kaufte der größte deutsche Molke-Verarbeiter die Handelsagentur *Peri Srl*, um über diese Traditionsmarke haltbare Milchprodukte und Käse zu vertreiben. Die Münchner Südfleisch GmbH gründete im Mai 1988

69 Aufstellung der Gesuche um Grundzuweisung in der Gewerbezone Neumarkt. In: SLA, Assessorat für Handwerk, Handel und Fremdenverkehr, Handakten Franz Spögler, Werner Frick 1969–1997, Nr. 241, und Assessorat für Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus, fasz. 43.

70 Weißblauer Mozzarella in Italien. In: Bayernkurier vom 18.3.2006, Nr. 11.

in Bruneck eine Handelsvertretung, die als *Suedfleisch Italia GmbH* im Mai 1990 ihre Tätigkeit aufnahm.

Ab 1986 förderte ein international günstiges Konjunkturklima den ökonomischen Aufschwung. Auch die Zunahme der Inlandsnachfrage brachte der Wirtschaft Impulse. Viele Betriebe hatten modernisiert und umstrukturiert. Besonders nach der Errichtung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ab 1994 expandierten Südtirols Unternehmen durch steigende Auftragseingänge. Vom industriellen Wachstum profitierten vor allem die Metallverarbeitung, der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Nahrungsmittelsektor.⁷¹ Die Wirkungen des EU-Binnenmarkts im Jahrzehnt nach 1992 zeigten sich auch am Anstieg der Auslandsinvestitionen.

Südtiroler Unternehmen investierten in Europa und in Deutschland: Einer der größten Fensterhersteller in Europa, die ehemalige Tischlerei *Finstral*, errichtete in Deutschland drei Niederlassungen. Die *Sinter Metals AG* gründete Zweigwerke in Mailand, Deutschland und Argentinien.⁷² Der ersten Niederlassung in Mannheim im Jahre 1980 des Logistik-Dienstleisters *Fercam SpA* folgten weitere in München, Köln, Hamburg und Nürnberg.

In der Autonomen Region Trentino-Südtirol hatten sich nach einer Erhebung⁷³ aus dem Jahre 1992 über die regionale Verteilung deutscher Vertriebs- und Produktionsstandorte in Italien 6,6 Prozent aller Firmen niedergelassen. 36 Betriebe wählten ihren Sitz in der von Dienstleistungen, Handel und Tourismus dominierten Provinz Bozen, während das Trentino zehn Ansiedlungen aufwies (Anteil 1,4 bzw. 5,2 Prozent aller Provinzen). Durch die Zweisprachigkeit des größten Teils der Bevölkerung nimmt Südtirol eine Sonderrolle ein, die der deutschen Wirtschaft zusätzliche Chancen für den Markteintritt in den anderen Kulturkreis eröffnete und erleichterte. Umfrageergebnisse des Wirtschaftsforschungsinstituts der Handelskammer Bozen (Wifo) über das produzierende Gewerbe und den Großhandel in Südtirol („Top Unternehmen – top Produkte“) aus dem Jahre 2006 zeigen, dass von 35 Unternehmen mit Muttergesellschaft in Deutschland zwölf Firmen Bozen als Sitz wählten:

Im gleichen Jahr befragte das Wifo ausländische Unternehmen in Südtirol nach den Motiven für ihre Standortentscheidung. 19 deutsche Firmen, die Auskunft gaben, nannten als häufigstes Kriterium (7) Südtirols Brückenfunktion für den italienischen Markt. Auch die infrastrukturelle Erschließung, der logistische Standortvorteil, war entscheidend für die Expansion nach Süden, weniger steuerliche Kriterien bzw. die Wirtschaftsförderung der Provinz. Die

71 ALEXANDER, Industrielle Entwicklung, S. 67; ALEXANDER, Wirtschaft im globalen Raum, S. 195.

72 ALEXANDER, Wirtschaft im globalen Raum, S. 199.

73 Klaus STEMMERMANN, Deutsche Unternehmen in den Wirtschaftsstilzonen Italiens. Eine Wirtschaftsstilanalyse zu den Prozessen der Regionalisierung, der Nationalisierung und der Internationalisierung in Italien, Frankfurt a. M. 1996, S. 176 f. Auf den S. 228–242 das Verzeichnis der in die Untersuchung einbezogenen deutschen Unternehmen.

Lage an einem der wichtigsten Verkehrsadern Europas und die Nähe zu den Mutterunternehmen nördlich der Alpen bildeten weitere Anreize.

Platz für neue Ansiedlungen schuf die Schließung von Unternehmen der Bozner Industriezone wie z. B. das Aluminiumwerk (Oktober 1984) und die Magnesiumfabrik Anfang der 1980er-Jahre. Südtirols größte Industriezone im Süden der Messe- und Universitätsstadt entwickelte sich zur Gewerbe- und Handelszone mit aufstrebenden mittelständischen Unternehmen aller Wirtschaftszweige und ist nicht mehr ein Distrikt ausschließlich italienischer Unternehmungen.⁷⁴ Die Handelskammer, das Land Südtirol, einige Regio-

<i>Unternehmen</i>	<i>Standort</i>
Agricenter (Spitaler Werner & CO. Sas) (CO. KG)	Eppan
AL-Ko Kober Srl	Vintl
Beck – Italien OHG (Beck André & CO.)	Sexten
Berges Italiana Srl	Naturns
Bilfinger Berger SpA	Bozen
Bott Srl con socio unico	Bozen
Computerlinks Srl	Bozen
Develey Italia SpA	Lana
Digital Data Communications Italia Srl	Kaltern
Elektrisola Atesina Srl	Sand in Taufers
Förch SpA	Bozen
Huber Technology Srl	Leifers
Infissoft Srl	Kurtatsch
Kässbohrer Geländefahrzeug SpA	Bozen
Kaldewei Italia Srl	Brixen
Keimfarben – Colori Minerali Srl	Natz-Schabs
Leitz Utensili Srl (Werkzeuge)	Lana
Losberger Italia Srl	Brixen
Merano Speck Srl	Naturns
Naturwaren Italia Srl	Bozen
Newtec Audio Systems Srl	Bozen
Oberrauch Distribuzione Marche Srl (Markenvertrieb)	Klausen
Pompadour Té Srl	Bozen
Scherer Srl	Tramin
Schmidt Italia Srl	Kurtatsch
Simon Danzer Srl	Leifers
Sonnex (Malfërtheiner Manfred)	Kaltern
Stender Italia Srl	Eppan
Technolit Srl	Eppan
U.T.S. Italia Technologie Ambientali Srl (Umwelt-Technik)	Bruneck
Vaja Srl	Bozen
VBH Italia Srl	Bozen
Velta Italia Srl	Terlan
Vetter Italia Srl	Bozen
Ziegler Italiana Srl	Bozen

74 ALEXANDER, Industrielle Entwicklung, S. 67; LECHNER/MORODER, Südtirols Wirtschaft, S. 19.

nalbanken und Firmen initiierten 1998 in der Bozner Industriezone einen technologieorientierten Gründerpark für Jungunternehmer, das *Business Innovation Centre* (BIC), heute *Techno Innovation Südtirol* (TIS), und im gleichen Jahr eröffnete auf dem Gelände die Neue Messe. Die boomende Konjunktur trieb in der knapp 100.000 Einwohner zählenden Provinzhauptstadt weitere Großbauprojekte wie die Grundsteinlegung zur Freien Universität Bozen (1997) und den Flughafen Bozen (März 1999) voran.⁷⁵ Trotz der geringfügigen wirtschaftlichen Einbrüche Anfang der 80er- und 90er-Jahre stabilisierten sich in Südtirol Bevölkerungszahl und ökonomischer Wohlstand. In den 90er-Jahren entwickelte sich das kleine Land aufgrund seiner Lebensqualität und vielfältiger wirtschaftlicher Entfaltungsmöglichkeiten zu einem Zuwanderungsland. Südtirol ist heute eine der Provinzen Italiens mit dem höchsten wirtschaftlichen Wohlstand.⁷⁶

Bayerns Pro-Kopf-Einkommen lag Ende der 1950er-Jahre noch etwa 15 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Nicht zuletzt waren die damals „um ein Drittel und mehr über denen des westdeutschen Industriezentrums“ liegenden Energiekosten in Bayern Ursache für einen Industrialisierungsgrad, der 26 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt lag.⁷⁷ Anfang der 1970er-Jahre war Bayern im Vergleich der Bundesländer industriewirtschaftlich immer noch rückständig, doch hatte sich die Region seit den 60er-Jahren in einem bemerkenswerten Aufholprozess dem bundesdeutschen Durchschnitt bis auf 92 Prozent (1970) angenähert. Vor allem der Anteil der Industrieproduktion erlangte Bedeutung und veränderte Bayerns Beschäftigungsstruktur. Wie Südtirol setzte Bayern auf eine dezentralisierte Industrialisierung. Zu einem Standortvorteil der bayerischen Wirtschaft wurden durch den Ausbau der Energieversorgung die günstigeren Energiepreise seit Mitte der 1980er-Jahre.⁷⁸ Bis dahin profitierte Bayerns Haushalt noch vom Länderfinanzausgleich. Das einstige Agrarland hatte sich zu einer führenden Industrie- und Dienstleistungsregion entwickelt, die mit Baden-Württemberg bis heute die höchsten Zuwachsraten im Bund verzeichnet. Allein der inzwischen zu Europas zehnten bedeutendsten Wirtschaftsstandorten zählende Regierungsbezirk Oberbayern

75 ALEXANDER, *Wirtschaft im globalen Raum*, S. 198; Hans HEISS, *Schönes neues Südtirol*. In: SOLDERER, Bd. V, S. 7–11, hier S. 7.

76 Helmut ALEXANDER, *Wirtschaft im globalen Raum*. Bodenständig und online ins 3. Jahrtausend. In: SOLDERER, *Südtirol*, Bd. V: *Zwischen Europa und Provinz. 1980 bis 2000*, Bozen 2003, S. 178–203, hier S. 179; LECHNER/MORODER, *Südtirols Wirtschaft*, S. 14 u. 19. Siehe ASTAT, Bozen 2003, S. 316.

77 Die Energiewirtschaft Bayerns im Rahmen der westdeutschen Entwicklung sowie Rückblick und Ausblick auf die Bedeutung der Mineralölwirtschaft. Auszüge aus der Marktstudie der Transalpin, B., S. 6 [o. Dat., ca. 1959]. In: BayHStA, *Nachlaß Schedl / 195*.

78 BORCHARDT, *Geschichte des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr*, S. 21 und 26.

erzielte im Jahr 2000 „rund 158 % des EU-Durchschnitts des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner“.⁷⁹

Im Verlauf von 50 Jahren europäischer Integration intensivierten und vertieften die zusammenrückenden Wirtschaftsregionen nördlich und südlich der Alpen ihre Kontakte bei steigendem Wohlstand und Konsum sowie wachsender Mobilität. Der Bau transalpiner Infrastrukturen und die enorme Zunahme des Güteraustauschs spielten in diesem Verflechtungsprozess eine ebenso nachhaltige Rolle wie die Entwicklung eines transregionalen Arbeitsmarktes, des Massentourismus und der grenzüberschreitenden Investitionen. Für Europahistoriker, so Hartmut Kaelble, bleibt die Rolle des lange durch die Thematik der Rückständigkeit der Wirtschaft und der Demokratie geprägten Südens in der europäischen Geschichte eine Herausforderung. Bis heute habe die Vorstellung des Südens drei gegensätzliche Formen angenommen. Eine Idee lebt vom Kontrast zum einst dynamischen, in den 70er-Jahren in eine Krise geratenen Norden und umfasst die Raumvorstellung eines dynamischen, größeren Südens Europas, in dem die Wirtschaft stärker wächst und der niedrigere Arbeitslosenraten als in anderen Teilen des Kontinents aufweist. Insbesondere in Nord- und Ostitalien, in der Schweiz, in Österreich, Slowenien, Süddeutschland, Südfrankreich und Katalonien, heute „das wichtigste dynamische Zentrum Europas“, entscheidet „sich die wirtschaftliche Zukunft Europas“.⁸⁰

Maximiliane Rieder, Cambiamenti di territorialità: transnazionalizzazione nell'area economica alpina dalla creazione della CEE

La dotazione infrastrutturale delle aree alpine e prealpine, lontane dai mercati, ha rappresentato un presupposto fondamentale per veicolare attraverso la cruna dell'ago delle Alpi impulsi allo sviluppo e insediamenti d'impresе nella regione frontaliera dell'Alto Adige. L' ampliamento di una rete di vie di collegamento transalpine negli anni Sessanta ha eliminato sostanziali svantaggi economici locali quali elevati costi di trasporto ed energetici e ha consentito, dopo l'avvio delle liberalizzazioni della CEE, un vasto traffico di merci attraverso il corridoio alpino e l'Europa. In seguito alla crescente importanza del petrolio come fonte energetica primaria e al conseguente processo di motorizzazione di massa, si sono insediate lungo l'antico asse di traffici, che vanta lunghe e importanti tradizioni, imprese industriali e di servizi.

79 Rainer GÖMMEL, Die Wirtschaft ab 1980. In: Handbuch der bayerischen Geschichte. Vierter Band: Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Zweiter Teilband: Die innere und kulturelle Entwicklung, München 2007, S. 283–299, hier S. 290.

80 Hartmut KÄELBLE, Europäische Geschichte aus westeuropäischer Sicht?. In: Gunilla BUDDE/ Sebastian CONRAD/Oliver JANZ (Hgg.), Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006, S. 105–116, S. 110 f.

Il saggio tematizza l'integrazione economica all'interno della macroregione Alpi – scegliendo come esempi due aree economiche – nel contesto dell'opera di costruzione europea CEE/CE/UE e della progressiva “interregionalizzazione”. La Baviera e l'Alto Adige, la cui peculiarità comune sta in un'industrializzazione decentralizzata e in un orientamento all'esportazione, si collocano fra le più dinamiche regioni europee.

Quando nella Repubblica federale tedesca, all'inizio di un periodo di congiuntura favorevole, incominciò a crescere la domanda di manodopera da parte dei datori di lavoro, numerose imprese procedettero già alla fine degli anni Cinquanta ad aprire succursali estere in aree caratterizzate da una notevole eccedenza di manodopera. Fra i sei Paesi della CEE solo in Italia, e quindi anche in Alto Adige, si trovavano aree con tali caratteristiche. Nonostante l'industrializzazione fascista, a partire dalla metà degli anni Cinquanta molti lavoratori del settore primario della Provincia Autonoma di Bolzano, caratterizzata prevalentemente da piccole imprese artigianali, emigrarono per mancanza di posti di lavoro in Germania e in Austria, in Svizzera e nelle città del Nord Italia. Un motivo della forte partecipazione tedesca agli insediamenti esteri degli anni Sessanta in Alto Adige erano i salari più bassi dell'intera area CEE, che essendo molto al di sotto del livello della Germania occidentale rappresentavano un incentivo alla delocalizzazione di attività produttive ad alta intensità di lavoro. Deponevano a favore della provincia alpina in territorio italiano quale zona in cui trasferire i processi produttivi la riserva di manodopera di lingua tedesca e italiana, la conoscenza dei mercati italiani e mitteleuropei e delle loro lingue nonché l'approvvigionamento energetico a basso costo grazie alle centrali idroelettriche. Ubicato nel cuore dell'Europa e lungo una delle più importanti arterie di traffico europee, l'Alto Adige rappresentava il miglior trampolino verso l'Europa meridionale ossia verso il mercato di sbocco italiano. Spesso la scelta del luogo in cui ubicare gli impianti fu determinata non tanto da analisi mirate, quanto da rapporti personali. Inoltre l'unione doganale liberalizzò l'espansione oltre confine di succursali produttive e commerciali nonché i movimenti di capitali legati a tali operazioni. In ragione delle barriere doganali fra CEE ed EFTA l'Austria era poco o punto interessata da investimenti esteri *greenfield* o da acquisizioni di partecipazioni d'impresa, mentre, nonostante l'esistenza di incentivi allettanti, l'impegno degli imprenditori italiani in Alto Adige era moderato per via degli attentati del 1961.

La normativa italiana e tedesca del 1956 e del 1969 sulla promozione e semplificazione degli investimenti esteri ridusse il rischio d'impresa in caso di succursali in quanto regolamentava il trasferimento e il ritorno degli utili nel Paese d'origine. I capitali bavaresi cominciarono ad affluire in l'Alto Adige all'inizio degli anni Sessanta, quando, dal 1964 fino al 1974, si profilò lo sviluppo del transito alpino. Nel 1965, nella circoscrizione del Consolato generale di Milano circa 1/5 di tutti i destinatari di investimenti tedeschi, in ambito

sia commerciale sia produttivo, erano residenti in Alto Adige. La maggior parte degli investimenti esteri *greenfield* proveniva fino all'inizio degli anni Settanta dalla vicina area della Germania meridionale.

Poco dopo che alla fine degli anni Sessanta la Giunta provinciale di Bolzano ebbe avviato nei paesi di lingua tedesca una campagna di investimenti per l'industrializzazione del piccolo territorio provinciale, dai caratteri ancora fortemente rurali, iniziò un periodo di crisi economica globale che comportò difficoltà nelle vendite e un calo degli investimenti esteri. Con la diminuzione delle commesse delle aziende madri si ridussero gli investimenti e l'occupazione nell'industria, e venne perlopiù meno il bisogno di fondare succursali all'estero. Tuttavia in Alto Adige la recessione provocata nei paesi industrializzati dal rincaro e dalla scarsità delle materie prime si fece sentire solo in un secondo tempo. L'aumento del costo del lavoro e dei prezzi dei terreni industriali ridusse i vantaggi esistiti negli anni Sessanta di impiantare stabilimenti produttivi in Alto Adige. Di tale sviluppo sono responsabili anche la crescente penuria di manodopera qualificata sul mercato del lavoro altoatesino, il venir meno delle agevolazioni fiscali e le massicce sospensioni della produzione in Italia dovute agli scioperi. Tuttavia, grazie agli effetti del mercato interno alla UE nel decennio successivo al 1992, si è registrato un rinnovato incremento degli investimenti esteri. La presenza negli ultimi anni di imprese di servizi, di vendita e di produzione tedesche a Bolzano, sede di fiere e città universitaria, viene incontro alla vocazione commerciale della provincia autonoma, dominata dalle imprese di servizi, dal commercio e dal turismo, e soprattutto del capoluogo, vero e proprio centro commerciale.

